



Unsere Welt

Aus dem Inhalt

| | |
|---|---|
| Ukrainische Friedensbewegung: Gegen Eskalation! | 2 |
| Im Dienste der Waffenindustrie: Zensur aus Silicon Valley | 3 |
| SRF: Hochkonjunktur der «Faktenchecker» | 3 |
| Kriegsverbrechen: Was geschah in Butscha? | 4 |
| FRONTEX: Nein zum Krieg gegen MigrantInnen | 5 |
| Krieg im Jemen: Die Oberhand verloren | 6 |
| Militärintervention in Mali: Wut auf Frankreich | 7 |

Ukraine-Krieg und Friedensbewegung

Frieden oder Sieg?

Den Regierungen im Westen geht es eher darum, der Ukraine zum Sieg zu verhelfen als ein Ende des Krieges zu suchen. Das wird immer deutlicher, wenn immer mehr Waffen geliefert werden und der Ukraine gesagt wird, sie solle keinen unvorteilhaften Frieden akzeptieren. Und wie stehen Friedensorganisationen und Parteien in der Schweiz dazu, die vom Bundesrat immer härtere Sanktionen gegen Russland fordern? Wir von der SFB sagen «Verhandeln statt Sanktionieren», stehen damit aber ziemlich alleine da.

Von Jonas Jäggi

Zehntausende Friedensbewegte gingen in den letzten Wochen gegen den Krieg und für Solidarität mit der Ukraine auf die Strasse. Auch am 19. März kommen unter dem Slogan «Solidarität mit Ukraine, stoppt den Krieg jetzt!» tausende mit viel Blau-Gelb und einigen PACE-Fahnen auf den Bundesplatz. Organisiert hat die Kundgebung jedoch nicht etwa die GSoA oder andere Friedensorganisationen, sondern die ukrainische Botschaft. Beide Nationalhymnen ertönen, auf Grossleinwand vor dem Bundeshaus spricht der ukrainische Präsident Selenski zur Schweiz – und zu seinem Amtskollegen: Auf dem Podium steht kein geringerer als Bundespräsident Ignazio Cassis. Man sei beeindruckt vom Mut des ukrainischen Volkes, das für Freiheit, Demokratie und Frieden kämpfe, die Ukraine verteidige die «Grundwerte der freien Welt», die auch unsere Grundwerte seien, so Cassis, während Selenski vom «Kampf gegen das Böse» spricht und verlangt, dass mehr Gelder von russischen Oligarchen in der Schweiz eingefroren würden und verhindert werde, dass Nestlé weiterhin Nahrungsmittel nach Russland liefert.

Der Bundespräsident neben dem ukrainischen Botschafter, auf einer Solidaritätsdemo mit der Ukraine – so sieht im Moment offenbar die Schweizer Neutralität und humanitäre Tradition aus. Bei einer anderen solchen Videobotschaft, die sich an das griechische Parlament richtete, liess Selenski Kämpfer des berüchtigten Neonazi-Regiments Asow aus Mariupol als heldenhafte Verteidiger

zu Wort kommen. In Bern passierte ihm ein solcher Fauxpas nicht. Trotzdem, bei solcher Heldenverehrung und einer Rhetorik von «Gut gegen Böse» dürfte es manch pazifistischem Geist mulmig werden. Es gibt ein Abgrenzungsproblem zwischen Solidaritäts- und Friedensforderungen – auch und vielleicht gerade in der Friedensbewegung.

Pazifismus?

«Mehr Pazifismus wagen» titelte vor Kurzem die Weltwoche. Er sei in Verfall geraten, der Pazifismus, und gelte seit ein paar Wochen als verdächtig. Angesichts all der lautstarken Verurteilungen des Krieges und den Zehntausenden an Friedenskundgebungen in der Schweiz muss das doch stutzig stimmen. Und wenn sich ausgerechnet die Weltwoche berufen sieht, eine Lanze für den Pazifismus zu brechen, sind es wahrlich seltsame Zeiten. «Das Pathos des gerechten Krieges, noch vor Wochen unvorstellbar, warbt weihrauchgeschwängert durch die öffentlichen Diskurse.» meint der Leitartikel. Bei aller dramatischen Polemik, von der Hand zu weisen ist das nicht. Immer wieder lesen wir vom «heldenhaften Kampf» der Ukraine und es kommt die Frage auf, ob die Schweiz nicht Waffenlieferungen erlauben sollte. Dazu ertönt der Ruf nach immer härteren Sanktionen gegen Russland, besonders lautstark erhoben von SP, Grünen und Friedensfreunden wie der GSoA, die sich in aller Deutlichkeit gegen «Putins Krieg» stellen wollen. Sanktionen scheinen im Moment so breiter Konsens zu sein, dass sich Bundes-

Fortsetzung auf Seite 8



«Kann ich das gleiche für meine Selbstverteidigung haben?», fragt der palästinensische Junge aus Gaza. Hier wie dort bringen Waffenlieferungen sicher keinen Frieden. Karrikatur von Carlos Latuff

Aktionen gegen den Krieg

Rüstungsspirale stoppen!

Deutschland, EU und NATO – sie alle heizen den Konflikt in der Ukraine weiter an, indem sie immer mehr Kriegsmaterial, neuerdings auch schwere Waffen, an die ukrainische Seite liefern. Gegen diesen Irrsinn lehnen sich mutige ArbeiterInnen in Italien und Griechenland auf. Mittels Blockaden und Streiks wurden NATO-Waffenlieferungen blockiert und verzögert.

Von Tarek Idri

Deutschland heizt den Militärkonflikt in der Ukraine massiv an: Der grosse Nachbar im Norden schickt eine Ladung Waffen nach der anderen in das Kriegsgebiet. Anfang April erklärte die Bundesrepublik, dass sie ihre Waffenlieferungen noch weiter erhöhen würde. Bisher wurden Tausende Panzer- und Flugabwehraketen sowie Massen an Kampfausrüstung und Munition genehmigt. Nun plant die Bundesregierung, der Ukraine einen Nachschub an Kriegsmaterial im Wert von rund 300 Millionen Euro zu gewähren; darunter Panzerfäuste, Aufklärungsdrohnen, Mörser, Maschinenkanonen, Nachtsichtgeräte sowie Tausende Schutzwesten und Helme.

Schweizer Waffen morden mit

Die Schweizer Regierung verhält sich ein wenig vorsichtiger in der Sache. Sie beteiligt sich zwar mehr oder weniger willig am Wirtschaftskrieg gegen Russland in Form von Sanktionen, aber direkte Waffenlieferungen an die Ukraine gibt es momentan nicht. Allerdings exportiert die Rüstungsindustrie hierzulande schon seit Jahren Waffen in die Länder der NATO-Ostfront (Polen, Rumänien, Baltikum) und trägt dazu bei, die Spannungen im Osten Europas zu verstärken. Ferner bedeutet das ebenfalls nicht, dass Schweizer Waffen oder Waffenteile nicht in die Hände der ukrainischen Armee gelangen

würden oder bereits gelangt sind. Seit der Jahrtausendwende ging Kriegsmaterial für fast drei Millionen Franken an die Ukraine und etwa gleich viel an Russland, zum Grossteil Munition und verschiedene Hand- und Faustfeuerwaffen. Die Waffenherstellerin B&T AG lieferte zwischen 2009 und 2012 zum Beispiel Granatwerfer und Einzelteile für die Herstellung von Scharfschützengewehren aus der Schweiz in die Ukraine. Anfang April hat die SRF Rundschau aufgedeckt, dass Grossbritannien 4000 NLAW-Panzerabwehrwaffen in die Ukraine geliefert hat. Dabei sind die Waffen mit Gefechtsköpfen bestückt, die der schwedische Rüstungskonzern Saab im Berner Oberland produzieren lässt. Das war «legal und unproblematisch», meinte Mitte-Nationalrat Alois Gmür dazu. Und er hat recht, allerdings nur was die Legalität betrifft: Ein Land, das Waffen aus der Schweiz bekommt, darf diese zwar nicht weiter exportieren – bei Einzelteilen gilt diese Regelung jedoch nicht. Diese Enthüllungen haben mittlerweile dazu geführt, dass das Seco die Ausnahmeregelung für die Konfliktländer Ukraine und Russland abgeschafft hat. Das Seco erklärte, von nun an brauche es bei Exporten von Bauteilen für Waffen an private Firmen «eine Bestätigung, dass das Kriegsmaterial aus der Schweiz oder ein damit hergestelltes Produkt nicht nach Russland oder die Ukraine re-exportiert wird». Im Nachhinein ist man immer schlauer, kann man da nur sagen.

NATO verschenkt Panzer

Ob dieser neue Beschluss wirklich durchgesetzt wird bzw. werden kann, ist fraglich. Das Seco hat ausserordentlich Mühe (oder gibt sich keine Mühe), die bereits exportierten Waffen zu kontrollieren. Bei den Kontrollen 2014 in der Ukraine wurden nur 25 Prozent der Schweizer Gewehre identifiziert, in Mexiko gar nur 20 Prozent. Trotzdem erhielten beide Länder vom Seco die Note «genügend».

Die mit Abstand meisten Waffenexporte der Schweiz gehen an die NATO-Länder. Auch bei diesen Ländern wird es wohl kaum je zu Einschränkungen des Exports kommen. Notfalls können sie ja immer noch sagen, dass sie nicht wissen, was mit den Waffen passiert ist. Die Schweiz wird trotzdem weiter exportieren – garantiert. Im höchsten Masse problematisch ist dies angesichts der Ankündigung der NATO, die militärische Kriegsbeihilfe für die Ukraine weiter zu intensivieren. Vor einigen Wochen war noch von einer roten Linie die Rede, dass man keine schweren Waffen liefern würde. Das ist Schnee von gestern. Die NATO will jetzt keinen Unterschied mehr machen, leichte wie schwere Waffen sollen ins Kriegsgebiet befördert werden. Die Ukraine brauche Waffen, sagt NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, «natürlich mit fortschrittlichen Waffensystemen». Gemeint sind: Panzer, Artillerie und ballistische Raketen, mit denen russische Kriegsschiffe versenkt werden können. Das NATO-Land Tschechien hat bereits den Anfang gemacht und Dutzende schwere Panzer in die Ukraine geliefert – als

Fortsetzung auf Seite 2



Am Ostermarsch in Bern auf dem Münsterplatz. Foto: UW

Rüstungsspirale stoppen...

Fortsetzung von Seite 1

«Geschenk des NATO-Bündnisses». Die Ukraine kann sich freuen. Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba bejubelte den Richtungswechsel der NATO, denn «Waffen dienen heute dem Frieden». Orwell lässt grüssen.

Pisa: Waffen als humanitäre Hilfe

Der Westen befindet sich in einer fieberhaften Rüstungsspirale. Dass die Waffenlieferungen nicht überall stillschweigend hingenommen werden, zeigen die ArbeiterInnen in den NATO-Ländern Italien und Griechenland, die Waffenlieferungen in die Ukraine blockiert und bestreitet haben. Im März haben ArbeiterInnen am Flughafen Galileo Galilei in der italienischen Stadt Pisa beim Beladen der Flugzeuge entdeckt, dass Militärgerät getarnt als «humanitäre Hilfslieferung» für die Ukraine transportiert wird. Die Kisten enthielten keine Lebensmittel, Kleidung oder Medikamente, sondern Waffen, Munition und Sprengstoff, darunter Stinger-Raketen und Panzerabwehrwaffen. Die ArbeiterInnen weigerten sich daraufhin, das Kriegsgerät zu verladen und organisierten zusammen mit der Gewerkschaft *Unione Sindacale di Base (USB)* Proteste gegen die Waffenlieferungen.

«Wir verurteilen diese offenkundige Betrugsaktion auf das Schärfste, die auf zynische Weise die «humanitäre Hilfe» als Vorwand benutzt, um den Krieg in der Ukraine anzuhetzen», erklärte die Gewerkschaft. Sie forderte die Leitung des Flughafens auf, diese «Todesflüge» sofort zu stoppen und appellierte an die Beschäftigten



Protest der Gewerkschaft USB gegen Waffenlieferungen in die Ukraine. Quelle: zVg

«sich weiterhin zu weigern, Waffen und Sprengstoff zu verladen, die eine Kriegsspirale nähren, die wir nur durch einen sofortigen Waffenstillstand und die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen stoppen können». Besonders empörend an dem Fall ist, dass es sich um einen zivilen Flughafen handelt und Militärfracht aus Sicherheitsgründen für die ArbeiterInnen gar nicht verladen werden dürfte. Die Blockade und Proteste zeigten Wirkung: Das Flughafenmanagement versicherte, dass in Zukunft keine Waffenlieferungen über den Flughafen von Pisa abgewickelt würden.

Genua: Streik am Hafen

In Genua kam es am 31. März zu einem ganztägigen Hafenstreik gegen Waffenlieferungen in die Ukraine. HafentarbeiterInnen blockierten dabei zusammen mit antifaschistischen AktivistInnen den Zugang zum Hafen. Einerseits wurde dagegen protestiert, den zivilen Hafen Genua zum

Umschlagplatz für militärische Güter zu machen. Andererseits lehnten die streikenden ArbeiterInnen es ab, «zur militärischen Eskalation beizutragen». Es war nicht das erste Mal, dass im Hafen von Genua Waffenlieferungen blockiert wurde. Die USB-Gewerkschaft, die hier ebenfalls den Protest organisierte, erinnerte daran, dass in den letzten Jahren in Genua immer wieder gegen jene Schiffe mobilisiert wurde, die Waffen zu blutigen Konflikten transportieren hätten, zum Beispiel nach Jemen. «Wir erleben in diesen Tagen einen kontinuierlichen Anstieg der Militärausgaben, während die Armut wächst und die Lebenshaltungskosten steigen», kritisiert die Basisgewerkschaft. «Nur die Kämpfe der ArbeiterInnen können eine Politik stoppen, die Ungerechtigkeit und Armut nährt und auf neue und blutigere Kriege zusteuert.»

Linke Parteien wie Rifondazione Comunista und Potere al Popolo haben gegenüber den Protestaktionen in Italien ihre Solidarität ausgespro-

chen. Im Parlament haben sie das Verteidigungsministerium aufgefordert, zu erklären, weshalb Waffen über zivile Umschlagplätze geliefert würden. «Wir wollen Antworten und Klarstellungen. Die BürgerInnen haben das Recht zu wissen, welche Art von Militäroperationen ihr Land durchführt. Wenn eine Stadt ihre Flughäfen zur Verfügung stellt, wird sie einerseits zu einem direkten Akteur in dem Konflikt und andererseits zu einem potenziellen Ziel», erklärte Maurizio Acerbo von der Rifondazione Comunista.

Alexandroupoli: Panzertransport gestoppt

In Griechenland verhinderten ZugarbeiterInnen zwei Wochen lang, dass US-amerikanische Panzer vom Hafen der nordgriechischen Stadt Alexandroupoli per Eisenbahn weiter bis zur Ukraine befördert werden konnten. Argumentationen der Bosse, dass es die ArbeiterInnen nicht zu interessieren braucht, was sie transportieren,



Die KP Griechenlands (KKE) unterstützt die streikenden ArbeiterInnen bei der Blockade von Waffen in Alexandroupoli. Quelle: zVg

sowie Kündigungsdrohungen stiessen auf taube Ohren. Die griechischen Gewerkschaften und die KP Griechenlands, die am Streik beteiligt waren, sprachen sich klar gegen die Beteiligung ihres Landes am militärischen Konflikt in der Ukraine aus und kritisierten, dass griechische Güterzüge für den Transport von NATO-Arsenal verwendet würden: «Wir werden keine Komplizen bei der Durchfahrt der Kriegsmaschinerie über das Territorium unseres Landes sein!»

Nach zwei Wochen konnte das betroffene Eisenbahnunternehmen *TrainOSE* jedoch StreikbrecherInnen aufreiben, welche die Waffen schliesslich lieferten. Die streikenden ArbeiterInnen übergossen als letzte Aktion die Panzer mit roter Farbe, bevor sie abtransportiert wurden.

Die ArbeiterInnen in Italien und Griechenland haben mit ihren mutigen Aktionen dazu beigetragen, dass Waffenlieferungen in die Ukraine blockiert, erschwert und verzögert wurden. Sie liefern damit ein Vorbild für die ArbeiterInnenklasse in allen Ländern, sich gegen das Menschenmorden aufzulehnen und dem Krieg offensiv entgegenzutreten. Die ArbeiterInnen haben die materielle, physische Macht in der Hand, das Kriegstreiben zu erschweren und die Kriege dieser Welt zu beenden, wenn sie sich grenzübergreifend weigern, im Krieg «Kanonenfutter» zu sein, Waffen zu liefern und für Nachschub zu sorgen. Auch hier in der Schweiz ist es wichtig, dafür zu kämpfen, dass Waffenexporte ins Ausland gestoppt werden und die Durchfahrt zu Militärzwecken verhindert wird. Auch hierzulande ist es die ArbeiterInnenklasse, die dazu die Macht hat.

Ukrainische Friedensbewegung

«Wir wollen keine weitere Eskalation!»

Die Lage für FriedensaktivistInnen in der Ukraine ist schwierig. Wie positionieren sie sich zwischen den ukrainischen und russischen Kriegstreibern? Im Interview erklärt der ukrainische Friedenskämpfer Yurii Sheliazhenko, was er von einer potenziellen Flugverbotszone hält und wie es um die Kriegsdienstverweigerer im Land steht.

Von Amy Goodman

Amy Goodman: Momentan wird immer wieder die Forderung nach einer Flugverbotszone über der Ukraine laut, angeblich damit Russland keine Städte bombardieren kann. Was ist Ihre Position dazu?

Yurii Sheliazhenko: Eine Flugverbotszone ist eine militaristische Antwort auf die aktuelle Krise. Was wir brauchen, ist keine Eskalation des Konflikts mit mehr Waffen, mehr Sanktionen, mehr Hass auf Russland, sondern umfassende Friedensgesprä-

che. Und wissen Sie, die Vereinigten Staaten sind keine unbeteiligte Partei in diesem Konflikt. Im Gegenteil, dieser Konflikt geht über die Ukraine hinaus. Er hat zwei Seiten: es ist ein Konflikt zwischen dem Westen und dem Osten, und ein Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Die NATO-Osterweiterung ging der gewaltsamen Machtübernahme in Kiew voraus durch – vom Westen geförderte – ukrainische Nationalisten im Jahr 2014 sowie der gewaltsamen Machtübernahme auf der Krim und im Donbass durch russische Streitkräfte im selben Jahr. 2014 war das Jahr, in dem

dieser gewalttätige Konflikt zwischen der Regierung und den Separatisten tatsächlich begann. Und dann, nach Abschluss des Friedensabkommens, der Minsker Abkommen, die von beiden Seiten nicht eingehalten wurden, kam es zu Waffenstillstandsverletzungen auf beiden Seiten. Und diese Waffenstillstandsverletzungen sind schon vor der russischen Invasion, dieser illegalen Invasion in die Ukraine, eskaliert. Das ganze Problem ist, dass eine friedliche Lösung, die damals vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen international gebilligt wurde, nicht eingehalten wurde. Und anstatt, dass Biden, Selenski, Putin und Xi Jinping an einem Verhandlungstisch sitzen und diskutieren, wie man die Welt zum Besseren verändern kann, haben wir diese Politik der Drohungen von den USA gegen Russland und gegen China, und eben diese Forderung der ukrainischen Kriegstreiber, eine Flugverbotszone einzurichten.

Übrigens gibt es in der Ukraine einen unglaublichen Hass auf die RussInnen, und dieser Hass breitet sich in der ganzen Welt aus, nicht nur auf das kriegsführende Regime, sondern auch auf das russische Volk. Aber wir sehen, dass das russische Volk, viele von ihnen, gegen diesen Krieg sind. Und wissen Sie, ich möchte allen mutigen Menschen, die sich gewaltlos gegen den Krieg und die Kriegstreiber wehren, die gegen die russische Invasion protestiert haben, meine Anerkennung aussprechen – ich bin ihnen dankbar.

Sie engagieren sich für Kriegsdienstverweigerer in der Ukraine. Wie sieht die Situation für diese Menschen aus?

In der Ukraine gibt es viele Menschen, die ein Leben ohne Gewalt anstreben. Die Zahl der Kriegsdienst-

verweigerer aus Gewissensgründen in unserem Land, die vor der russischen Invasion einen Ersatzdienst geleistet haben, betrug 1 659. Diese Zahl geht aus dem Jahresbericht 2021 des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung hervor. Der Bericht kommt ferner zum Schluss, dass Europa im Jahr 2021 für viele Kriegsdienstverweigerer in mehreren Ländern kein sicherer Ort war: in der Ukraine, in Russland, in der Türkei, im türkisch besetzten Nordteil Zyperns, in Aserbaidschan, Armenien und in anderen Ländern. Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen waren mit Strafverfolgung, Verhaftung, Prozessen vor Militärgerichten, Gefängnisstrafen, Geldstrafen, Einschüchterung, Angriffen, Morddrohungen und Diskriminierung konfrontiert. In der Ukraine werden Kritik an der Armee und das Eintreten für die Kriegsdienstverweigerung als Hochverrat betrachtet und entsprechend bestraft. In Russland wurden bei Antikriegskundgebungen Tausende von Menschen verhaftet und mit Geldstrafen belegt.

In den Medien wurde sehr wenig über die Waffenlieferungen des Westens an die Ukraine berichtet, ebenso wenig über die Satellitenüberwachungsdaten, die die ukrainische Armee höchstwahrscheinlich vom Westen erhält. Ich vermute, dass wir in einigen Jahren erfahren werden, dass die Drohnenangriffe auf die russischen Streitkräfte aus der Ferne von US-amerikanischen Stützpunkten aus gesteuert wurden, oder dass sich bereits eine beträchtliche Anzahl von CIA- und Spezialeinheiten in der Ukraine befinden. Ich frage mich, wie Sie den Widerstand in der Ukraine und in Europa gegen diesen Krieg einschätzen. Wie weit hat er sich ausbreitet?

Man muss sich bewusst sein, dass die Rüstungsindustrie eine zentrale Rolle bei der Eskalation des Konflikts spielt. Wir wissen zum Beispiel, dass der aktuelle US-Verteidigungsminister Lloyd Austin mit dem Rüstungskonzern *Raytheon* verbunden ist. Er war im Vorstand. Die Aktien des US-Rüstungskonzerns *Raytheon* sind nach Kriegsausbruch an der Börse um 6 Prozent gestiegen. *Raytheon* liefert Stinger-Raketen an die Ukraine. Und dann gibt es natürlich noch *Lockheed Martin*. Der Konzern verkauft seine F-35-Kampffljets wie warme Semmeln. Und verzeichnet Wachstumsraten von 14 Prozent. Diese Rüstungskonzerne profitieren vom Krieg, vom Blutvergiessen, von der Zerstörung, und sie drängen auf Krieg und Eskalation. Wir müssen die Regierungen dazu bringen, zu verhandeln, statt zu kämpfen. In den Vereinigten Staaten und in Europa gibt es eine Reihe von Aktionen gegen die Kriegstreiber. Bei *World Beyond War* führen wir eine Kampagne unter dem Motto «Russia out of Ukraine. NATO out of Existence.» Am 28. April wird es eine globale Mobilisierung unter dem Motto «Stop Lockheed Martin» geben. Das Bündnis «No to NATO» kündigte an, dass es im Juni 2022 gegen den NATO-Gipfel in Madrid demonstrieren wird. In Italien startete Movimento Nonviolento eine Kampagne zur Kriegsdienstverweigerung in Solidarität mit russischen und ukrainischen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren. In der Ukraine haben wir 59 000 Unterschriften für eine Petition gesammelt mit dem Titel: Erlaubt Männern zwischen 18 und 60 Jahren ohne Militärerfahrung die Ausreise aus der Ukraine.

Yurii Sheliazhenko ist Vorstandsmitglied beim Europäischen Büro für Kriegsdienstverweigerung und leitendes Mitglied von «World Beyond War». Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der KROK-Universität in Kiew.

Quelle: Democracy Now!, Übersetzung: UW



Yurii Sheliazhenko (links) und ukrainische Friedensaktivisten protestieren in Kiew gegen den Kriegsdienst, 2019. Quelle: Facebook

Ukraine-Berichterstattung im Dienste der Waffenindustrie

Zensur aus dem Silicon Valley

Ablehnung der US- und NATO-Politik in Bezug auf die Ukraine gibt es im Westen kaum, die Zensurkampagne dazu ist dennoch extrem. Es ginge darum, unbedingt zu verhindern, dass sich die Bevölkerung fragt, wer von einem langwierigen Stellvertreterkrieg profitiert und wer den Preis dafür zahlt. Das meint Glenn Greenwald in einem Blogbeitrag vom 13.4., den wir gekürzt wiedergeben.

Von Glenn Greenwald

Wer Nachrichten, Informationen oder Perspektiven erfahren möchte, die der vorherrschenden US- und NATO-Sicht auf den Krieg in der Ukraine widersprechen, muss sich auf eine gründliche Suche begeben. Und es gibt keine Garantie, dass diese erfolgreich sein wird. Das von Staat und Konzernen im Westen durchgesetzte Zensurregime in Bezug auf diesen Krieg ist unglaublich aggressiv, schnell und umfassend.

Anfang März, kaum eine Woche nach Russlands Einmarsch in der Ukraine, verboten die 27 Staaten der Europäischen Union – unter Verweis auf «Desinformation» und «öffentliche Ordnung und Sicherheit» –, dass die russischen Staatsnachrichten RT und Sputnik irgendwo in Europa empfangen werden können. In einem, wie Reuters es nannte, «beispiellosen Schritt» wurde allen Fernseh- und Online-Plattformen per Gesetz die Ausstrahlung von Inhalten der beiden Sender untersagt. Schon vor dieser staatlichen Zensuranweisung hatten Facebook und Google die Sender blockiert, und Twitter kündigte umgehend an, dies ebenfalls zu tun.

Doch was noch vor sechs Wochen «beispiellos» war, ist inzwischen all-

täglich, ja sogar normal geworden. Jede Plattform, die sich dem Angebot von für die NATO unbequemen Nachrichten oder alternativen Perspektiven widmet, hat eine garantiert kurze Lebenserwartung. Weniger als zwei Wochen nach dem EU-Beschluss kündigte Google an, alle mit Russland verbundenen Medien weltweit freiwillig zu blockieren. Wie so oft bei Big Tech kam ein Grossteil des Drucks auf Google von der eigenen Belegschaft: «MitarbeiterInnen von Google hatten YouTube gedrängt, zusätzliche Strafmassnahmen gegen russische Kanäle zu ergreifen.»

Was diesen Ausbruch westlicher Zensur so bemerkenswert macht – und was ihn zumindest teilweise antreibt – ist, dass es im Westen einen klaren, nachweisbaren Hunger nach Nachrichten und Informationen gibt, die von den westlichen Nachrichtenquellen verbannt werden, welche lieber unhinterfragt die Behauptungen der US-Regierung, der NATO und von ukrainischen Offiziellen nach erzählen. Wie die Washington Post feststellte: «In den ersten vier Tagen nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine stiegen die Zuschauerzahlen von mehr als einem Dutzend staatlich unterstützter russischer Propagandakanäle auf YouTube auf ein unge-

wöhnlich hohes Niveau.»

Einseitige Zensur

Man beachte, dass dieses Zensurregime völlig einseitig ist und, wie üblich, vollkommen mit der US-amerikanischen Aussenpolitik übereinstimmt. Westliche Nachrichtensender und Social-Media-Plattformen wurden von Beginn des Krieges an mit pro-ukrainischer Propaganda und glatten Lügen überschwemmt. Mitglieder des US-Kongresses haben Fälschungen verbreitet, die sich bei Millionen von Menschen viral verbreiteten, ohne dass zensurfreudige Unternehmen aus dem Silicon Valley etwas dagegen unternommen hätten. Das ist keine Überraschung: Alle Kriegsteilnehmer nutzen Desinformation und Propaganda, um die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu manipulieren, und das schliesst sicherlich alle direkten und stellvertretenden Kriegsteilnehmer im Krieg in der Ukraine ein.

Aber pro-ukrainische Desinformationen, Propaganda und Lügen werden kaum bis gar nicht zensiert – weder von westlichen Staaten noch von Monopolen im Silicon Valley. Die Zensur geht nur in eine Richtung: alle Stimmen zum Schweigen zu bringen, die als «pro-russisch» gelten, unabhängig davon, ob sie Desinformationen verbreiten. Anders ausgedrückt: Nicht Desinformation, sondern falsche Ansichten sind das Ziel der Zensur. Man kann so viele Lügen und Desinformationen verbreiten, wie man

will, vorausgesetzt, sie dienen dazu, die NATO-Agenda in der Ukraine voranzubringen. Was man jedoch nicht tun kann, ist, das Propagandanarrativ von NATO und Ukraine in Frage zu stellen, ohne ein erhebliches Risiko einzugehen, gesperrt zu werden.

Im Gleichschritt

Es ist wenig überraschend, dass die Monopole des Silicon Valley ihre Zensurmacht in voller Übereinstimmung mit den aussenpolitischen Interessen der US-Regierung ausüben. Viele der wichtigsten Tech-Monopole – wie Google und Amazon – bemühen sich routinemässig um äusserst lukrative Verträge mit dem US-Sicherheitsapparat, einschliesslich der CIA und der NSA, und erhalten diese auch. Ihre Top-Manager unterhalten enge Beziehungen zu Spitzenvertretern der Demokratischen Partei. Und die Demokraten im Kongress haben wiederholt Führungskräfte aus der Tech-Branche vor ihre verschiedenen Ausschüsse zitiert, um ihnen ausdrücklich mit rechtlichen und regulatorischen Repressalien zu drohen, falls sie die Zensur nicht stärker an die politischen Ziele und Interessen der Partei anpassen.

Aber eine Frage bleibt: Warum ist es so wichtig, die wenigen abweichenden Stimmen zum Krieg in der Ukraine zum Schweigen zu bringen? Dieser Krieg hat die Flügel des Establishments beider Parteien und praktisch die gesamten Konzernmedien in einem Gleichschritt vereint, wie es ihn seit den Tagen und Wochen nach dem 11. September nicht mehr gegeben hat. Man kann die Zahl der prominenten Persönlichkeiten aus Politik und Medien, die bereit waren, auch

nur geringfügig von diesem parteiübergreifenden Konsens in Washington abzuweichen, an beiden Händen abzählen – Abweichungen, die sofort zu Verunglimpfungen in Form von Angriffen auf den Patriotismus und die Loyalität der Betroffenen führen. Warum hat man solche Angst davor, diese isolierten und dämonisierten Stimmen überhaupt zu Wort kommen zu lassen?

Die Kriegsprofiteure

Die Antwort scheint klar zu sein. Die Vorteile dieses Krieges für mehrere wichtige Machtzentren in Washington können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Milliarden von Dollar an Hilfsgeldern und Waffen, die von den USA an die Ukraine geschickt werden, fliessen so schnell und scheinbar beliebig, dass es schwierig ist, sie zu verfolgen. «Biden bewilligt 350 Millionen Dollar Militärhilfe für die Ukraine», meldete Reuters am 26. Februar; «Biden kündigt 800 Millionen Dollar Militärhilfe für die Ukraine an», die New York Times am 16. März; am 30. März lautete die Schlagzeile von NBC: «Biden kündigt an, dass die Ukraine zusätzliche 500 Millionen Dollar an Hilfe von den USA erhält»; am Dienstag meldete Reuters: «Die USA kündigen weitere 750 Millionen Dollar an Waffen für die Ukraine an, sagen Beamte». Diese gigantischen Zahlen haben schon lange jede Bedeutung verloren und rufen kaum noch Fragen, geschweige denn Einwände hervor.

Es ist kein Geheimnis, wer von dieser Orgie der Militärausgaben profitiert. Am Dienstag berichtete Reuters, dass «das Pentagon am Mittwoch

Fortsetzung auf Seite 4

Unglaubliche Geschichten aus Leutschenbach (Teil 6)

Hochkonjunktur der «Faktenchecker»

SRF 2 ist das Medium für Hintergründiges. Eine knappe halbe Stunde hat Felix Münger im Kultur-Talk vom 15.3. Zeit, mit dem Historiker Andreas Kappeler Aussagen von Putin zu erörtern und auf deren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Ein Privileg. Eine verschenkte Möglichkeit. Zum Schluss aber vor allem eines – ein Ärgernis.

Von Alva Noi

Andreas Kappeler ist Historiker und hat ein Wissen über die Entstehung der Nationalstaaten im Osten. Da weiss er Interessantes zu berichten, von den Kiewer Rus bis zur Unabhängigkeitserklärung der Ukraine im Jahre 1991. Auch dass der Krieg in der Ukraine nicht im Februar dieses Jahres begann, sondern wohl mit dem Maidan im Jahre 2014 seinen Anfang nahm. Doch was seit den Unruhen in Kiew innenpolitisch geschah, das scheint dem Historiker zu entgehen. Auch dass die Ukraine in geopolitische Bedürfnisse von Ost und West eingebettet ist. Das Gespräch auf SRF 2 mit dem Titel «Putins Ukraine-Propaganda aus dem Märchenbuch» und «Vier Behauptungen im Check» verkommt selbst zur Groteske.

Der Experte soll im knapp 30-minütigen Interview mit dem Journalisten russische Behauptungen richtig stellen. Ein historischer Teil zu Beginn. Vor allem im zweiten Teil tauchen dann Äusserungen auf, die zum Teil so ungenau wie auch falsch sind. Picken wir uns ein paar unappetitliche Rosinen aus dem Gespräch.

Genozid im Donbass?

«Die Ukraine vollführte im Donbass einen Genozid.» Dies sei Putin Sichtweise. Ja, ich denke auch, der Begriff des Genozids im Zusammenhang mit dem Krieg im Donbass ist mehr als überstrapaziert. Da ballerte die ukrainische Armee während Jahren in die Rebellengebiete und in der anderen

Richtung flogen wohl Raketen eines gleichen Typs. 14 000 Tote wurden zusammen auf beiden Seiten beklagt, Tote nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch in Wohnsiedlungen. Im Unterschied zur westlichen Presse wurden diese Angriffe im russischen Staatsfernsehen stets thematisiert. Bei uns konnten wir dann zum Beispiel in der NZZ eine kurze Meldung lesen: Donezk ohne Wasser, eine zentrale Pumpstation sei bei einem Raketenangriff getroffen worden. Mehr als eine Million Menschen sei jetzt ohne Wasser. Wer hat? Wieso? Was? Keine Erklärungen, keine Einordnungen. Und auf SRF? Nichts, kein Beitrag wert! Dass sich die Situation im Donbass vor dem russischen Überfall im Februar dramatisch verschärfte? Die Berichterstattung von SRF blieb auch in dieser Beziehung eine Nullnummer. Dennoch, was im Donbass geschah, war wohl kein Genozid. Dass sich der Journalist Felix Münger aber auf diesen Begriff versteift, ohne den Kern der Aussage Putins herauszuschälen und genau zu differenzieren, was vielleicht als Wahrheit doch noch drin stecken könnte, das zeigt das tiefe Niveau mittlerweile auch der Hintergrundsendungen von SRF. In der Tat, diese Angriffe zu einem Genozid hochzustilisieren, das ist Propaganda. Den teilweise wahren Kern einer Aussage wegzulassen – aber auch.

Russisch und Ukrainisch

Weiteres Beispiel gefällig? Russisch und Ukrainisch sind zwei sehr ver-

wandte Sprachen. Nach einer langen Zeit der Russifizierung hätte die ukrainische Sprache aufgewertet werden müssen. Da kann ich Herrn Kappeler wiederum gut folgen, das kann ich mir nach gut 70 Jahren Sozialismus vorstellen. Dass dies aber mit dem Verbot der russischen Sprache einhergehen soll, das erwähnt Herr Kappeler nicht. In der Ukraine wurde im öffentlichen Raum der Gebrauch der russischen Sprache verboten. Undenkbar für uns. Und wieder versagt auch unser Herr Münger vom SRF. Bitte nachfragen! Was haben denn das ukrainische Parlament und Herr Selenski für ein Demokratieverständnis? Was ist dies für eine Botschaft an die RussInnen im Lande? Geschweige denn für die russischsprachigen UkrainerInnen? (Zwischen 30% und 50% der UkrainerInnen sind russischer Muttersprache, Anm. d. Red.)



Blick auf den Hauptsitz von SRF in Zürich, Leutschenbach. Foto: Wikimedia

Herr Münger, Herr Münger, was für ein Journalismus! Es gibt doch nicht nur falsch oder richtig!

Kein Problem mit Faschisten

Und weiter: «In Kiew regieren Nazis», so laute die russische Behauptung. Hier wird es einem schwindlig ob der Argumentation von Herrn Kappeler. Herr Selenski sei Jude und hätte Angehörige beim Überfall der Nazis im zweiten Weltkrieg verloren. Daher könne er selbst kein Nazi sein. Was für ein merkwürdiges Argument. In der Regierung nach dem Maidan 2014 war auch die Partei «Swoboda» vertreten. Wohl mit einem kleinen Stimmenanteil, doch eingebunden in eine rechte Allianz, die auch Minister stellte. Und in «Swoboda»-Partei, das sind echte Faschisten. Sie hatten Göbbels auf ihrer Website abgebildet und äusserten sich auch ganz klar russophob. «Packt euch die Gewehre! Bekämpft die Russensäue, die Deutschen, die Judenschweine und andere Unarten!» So sprach Oleh Tjahnybok, der damalige Chef der «Swoboda»-Partei, die im Verbund den Justizminister stellte. Just jenen Minister, der für die Aufklärung rechtsextremer Straftaten wie die Schiessereien um den Maidan oder das Massaker im Gewerkschaftshaus in Odessa verantwortlich war. Da versagt offenbar das Gedächtnis des Herrn Professor. Oder er will es einfach nicht wissen.

Stattdessen erklärt er uns: «Auch Russen, Letten und Litauer kollaborierten mit den Nazis im zweiten Weltkrieg.» Das muss er wissen, er ist ja Historiker. Kappeler wörtlich: «Doch das auf die Gegenwart zu projizieren ist unstatthaft und reine Projektion.» Bedienen sich Historiker psychologischer Begriffe, dann wird es immer spannend. Gab es nicht Fackelzüge durch Kiew von den Faschisten – nicht allzu lange her? Etwas gehört von der Verehrung eines Herren Bandera? Das Asow-Bataillon, eine Ansammlung lupenreiner Demokraten im Donbass an der Front? Sehr wohl hat die Ukra-

ine ein Problem mit rechtsextremen Nationalisten. Und was macht unser kritischer Mann vom SRF? Er lässt diese Problematik einfach sein.

Rücksicht des Westens?

Zum Schluss kommt es dann noch faustdick. Die Ukraine sei nicht in der NATO aus Rücksicht auf die Sicherheitsbedürfnisse Russlands. Hm, das ist nun nicht nur ungenau, sondern wohl einfach falsch. So lange die Ukraine darauf besteht, dass die Krim durch Russland annektiert ist, kann sie nicht in die NATO. Das steht so in den Grundsätzen des Militärbündnisses. Nichts von Rücksichtnahme. Weil der Westen Rücksicht auf Russland genommen habe, sei die Ukraine weder Mitglied der EU noch der NATO. Das sagt Kappeler in diesem als «Faktencheck» angepriesenen Gespräch. Woher er dies wissen will, das bleibt sein Geheimnis. Da würde jetzt spannend werden, auf welche Fakten er sich beruft. So kommt Herr Kappeler auch in diesem Punkt über den Status einer Behauptung nicht hinaus. Und Herr Münger, unser kritischer Geist aus Leutschenbach? Nix nachgefragt!

Notwendige Reflexion

Medienschelte während dem Krieg – so recht wohl ist es mir dabei nicht. Harren Menschen durch Kanonen und Heckenschützen verängstigt in Luftschutzkellern aus, so wird die Diskussion über Medienarbeit schwierig. Zu schnell wird ob der Ungeheuerlichkeit eine notwendige Sachlichkeit zynisch. Sicher kommen wir nicht darum herum, die mediale Aufarbeitung des Desasters, auch durch SRF, zu reflektieren. Doch die Bilder und die Vorstellung der Not sind so intensiv, um diesen Schritt mit gutem Gewissen bereits leichtfertig zu gehen. Stoppt den Krieg!

SRF kennt anscheinend im «Faktencheck» die Wahrheit. Aufbereitet durch einen Experten, der uns das Denken abnimmt. Für wie blöd verkauft uns eigentlich SRF?

Krieg in der Ukraine

Was geschah in Butscha?

Die Stadt Butscha in der Ukraine ist vor kurzem in den Fokus der Medien in den USA und Europa geraten. Russland wird für die Ermordung von rund 300 ZivilistInnen verantwortlich gemacht. Dass es sich dabei um Kriegsverbrechen handelt, scheint klar, dass diese vom russischen Militär begangen wurden, ist jedoch alles andere als gesichert. Die Wahrheit ist bekanntlich das erste Opfer des Krieges – und hat ohnehin einen schweren Stand. Man kann sich in solchen Fällen aber auch immer fragen: Qui bono? Wer profitiert davon?

Von Mision Verdad

Nachdem die ukrainische Regierung von Wolodimir Selenski Bilder veröffentlicht hatte, auf denen angeblich vom russischen Militär getötete Leichen mitten auf der Strasse und in Massengräbern zu sehen waren, wurden Forderungen laut, Russland wegen Kriegsverbrechen international vor Gericht zu stellen. Reuters-Korrespondenten bestätigten, dass sie auf den Strassen Leichen mit gefesselten Händen und Füßen gesehen haben, als wären sie hingerichtet worden.

Der ukrainische Aussenminister Dmytro Kuleba veröffentlichte eine Reihe von Tweets auf Englisch mit den Bildern und der Aufforderung an die G7-Staaten, noch mehr «Sanktionen» gegen die Russische Föderation zu verhängen. Er bezeichnete es als vorsätzliches «Massaker», das vom Kreml verübt worden sei, und plädierte für mehr internationale Militärhilfe. «Panzer, Kampffjets, Luftabwehrsysteme. Stellen Sie sie SOFORT zur Verfügung!», schrieb Kuleba.

Der russische Aussenminister Sergej Lawrow antwortete hingegen, dass «ein weiterer, gefährlicher Angriff in der Stadt Butscha in der Region Kiew stattfand, nachdem das russische Militär das Gebiet bereits verlassen hatte, wie es geplant und vereinbart war. Einige Tage später organisierten sie dort einen inszenierten Vorfall, der von ukrainischen VertreterInnen und ihren westlichen SponsorInnen über alle Kanäle und sozialen Netzwerke verbreitet wird.»

Eine «Provokation»

Zusätzlich veröffentlichte das Verteidigungsministerium eine Erklärung, in der die Anschuldigungen Kiews zurückgewiesen werden: «Alle vom Kiewer Regime veröffentlichten Fotos und Videos, die angeblich «Verbrechen» russischer SoldatInnen in der Stadt Butscha (Region Kiew) zeigen, sind eine weitere Provokation. Während diese Stadt unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte stand, wurde kein einziger Anwohner Opfer von Gewalt. Das russische Militär lieferte 452 Tonnen humanitäre Hilfe an die Zivilbevölkerung in der Region Kiew. Während des gesamten Zeitraums, in dem die Stadt unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte stand, und erst recht danach, konnten sich die AnwohnerInnen frei in der Stadt Butscha bewegen und Mobiltelefone benutzen. Die Ausgänge aus der Stadt Butscha waren nicht blockiert. Alle AnwohnerInnen hatten die Möglichkeit, die Stadt frei in Richtung Norden zu verlassen, auch in Richtung Weissrussland. Gleichzeitig wurde der Süden der Stadt, einschliesslich der Wohngebiete am Stadtrand, rund um die Uhr von ukrainischen Truppen mit grosskalibriger Artillerie, Panzern und Mehrfachraketenwerfern beschossen...» Es wurde darauf hingewiesen, dass das russische Militär Butscha am 30. März verlassen hat, einen Tag nach den Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine in der Türkei. Darüber hinaus bestätigte der Bürgermeister der Stadt, Anatoli Fedoruk, am 31. März in einer Videobotschaft nicht nur, dass das russische Militär nicht mehr vor Ort sei, sondern erwähnte auch mit keinem Wort, dass AnwohnerInnen mit gefesselten Händen auf der Stra-

sse erschossen worden waren. Es sei nicht verwunderlich, dass alle so genannten «Beweise für die Verbrechen» in Butscha erst am vierten Tag nach dem Truppenabzug auftauchten, als der ukrainische Sicherheitsdienst und VertreterInnen des ukrainischen Fernsehens in der Stadt eintrafen. Das Verteidigungsministerium stellte fest, «dass keine der Leichen auf den von Kiew veröffentlichten Bildern an Leichenstarre litt, ihnen fehlte die für eine Leiche charakteristische blasser Gesichtsfarbe und sie waren nicht mit geronnenem Blut bedeckt». All dies würde bestätigen, «dass die aus Butscha veröffentlichten Fotos und Videos vom Kiewer Regime für die westlichen Medien produziert wurden, genau wie die Geschichte um die Entbindungsklinik von Mariupol».

Chronologie der Ereignisse

In dieser Hinsicht steht die russische Version in krassm Gegensatz zur ukrainischen Version der Ereignisse, die von den westlichen Medien in einem neuen Kapitel des Informationskriegs gegen Russland zielführend verbreitet wurde.

Während die Regierung Selenski fordert, dass der Kreml vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Kriegsverbrechen verurteilt wird, hat Grossbritannien die Forderungen Russlands nach einer neuen Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Erörterung des Themas abgelehnt, was erstaunlich ist, da dies der ideale Ort wäre, um die Forderungen des ukrainischen Aussenministers vorzubringen. Bei einer sorgfältigen Analyse der Ereignisse wird deutlich, dass die russische Version der Wahrheit viel näher kommt als diejenige der ukrainischen Regierung.

Das russische Militär hielt sich etwa fünf Wochen lang in Butscha auf, während es um Kiew herum positioniert war. Die Website «War On Fakes», die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die grössten Lügen und Fake News, die im Zusammenhang mit dem ukrainischen Konflikt verbreitet werden, aufzudecken, hat eine Chronologie vom 30. März bis heute veröffentlicht, um zu untersuchen, ob die Anschuldigungen des Kiewer Regimes begründet sind:

Russische Truppen verlassen Butscha am 30. März. Am 31. März veröffentlichte der Bürgermeister von Butscha, Anatoli Fedoruk, ein Video, in dem er mit einem glücklichen Lächeln im Gesicht erklärte: «Der 31. März wird in die Geschichte unserer Stadt und der gesamten territorialen Gemeinschaft als der Tag der Befreiung von den russischen Orks, den russischen Besatzern unserer Siedlungen, durch unsere Streitkräfte der Ukraine eingehen.»

«War On Fakes» stellt sich dabei die folgenden Fragen: «Würde Fedoruk so glücklich sein, wenn Dutzende seiner Leute tot auf der Strasse liegen würden? Warum hat er nichts über die Gräueltaten, über die Folterungen, Vergewaltigungen und Morde der RussInnen gesagt?»

Die am 3. April begonnene Medienkampagne wurde vier Tage nach dem Abzug des russischen Militärs aus Butscha gestartet. In diesem Zeitraum gab es keinen einzigen Bericht, der mit den Anschuldigungen der Ukraine übereinstimmte. Die «New York Times» berichtete, dass zwischen dem 1. und 2. April Reste des neona-

zistischen Asow-Bataillons, das Teil des ukrainischen Militärs ist, in die Stadt Butscha eingedrungen sei. Am 2. April veröffentlichte die ukrainische Polizei einen Nachrichtenbericht über Butscha. Es wurde weder von einem Massaker noch von Leichen berichtet. In den Aufnahmen und Fotos zu diesem Zeitpunkt waren keine Leichen zu sehen.

«Ausserdem war die erste Einheit der ukrainischen Streitkräfte, die in Butscha einmarschierte, eine Spezialeinheit der ukrainischen Nationalgarde», fährt War On Fakes fort. «Der offizielle Telegram-Kanal der Nationalgarde hat ein Video veröffentlicht, das von den KämpferInnen dieser Einheit selbst gefilmt wurde. Auf diesem Video ist zu sehen, dass das ukrainische Militär in aller Ruhe durch die Strassen der Stadt geht – und es sind keine «Leichenberge» auf den Strassen zu sehen.»

Nun stellt sich die Frage: Woher kommen dann die Leichen auf den Strassen von Butscha? Wer sind diese Menschen? «Auf den von der ukrainischen Seite verbreiteten Videos tragen fast alle Leichen weisse Armbinden», schreibt War On Fakes. «Dies ist ein Erkennungszeichen der Zivilbevölkerung. (...) Es bedeutet, dass es sich nicht um feindliche Soldaten handelte.» War On Fakes schliesst daraus: «Es waren nicht die russischen Truppen, die die ZivilistInnen in Butscha getötet haben.» Vermutlich waren es die ukrainischen Truppen und die neonazistischen Paramilitärs, die gegen die Zivilbevölkerung zu den Waffen griffen.

War On Fakes nennt ein letztes Indiz: «Katerina Ukrainseva, Mitglied des Stadtrats von Butscha und Freiwillige der Verteidigung, gab in einem Interview mit Meduza zu, dass die russischen Truppen nicht in ihrer Gegenwart auf Menschen geschossen haben.»

Schlussfolgerungen

Berichte, dass die ukrainischen Streitkräfte ZivilistInnen ermordet haben, die russische humanitäre Hilfe erhalten haben oder des Verrats beschuldigt wurden, werden von den westlichen Medien nicht geteilt. Diese versuchen mit aller Kraft, die Verbrechen, die das ukrainische Regime wiederholt begangen hat, zu beschönigen. Aus diesen Ereignissen lassen sich einige Schlussfolgerungen ziehen:

Die Berichte aus Butscha sind ein Versuch, die Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine zum Scheitern zu bringen.

Mit der Inszenierung eines «neuen Srebrenica», wie es der ukrainische Verteidigungsminister nannte, beschönigen die Medien die ukrainische Seite und folgen damit dem Weg der psychologischen Kriegsführung der USA.

Die Verhängung neuer Sanktionen gegen Russland ist ein weiteres Ziel mit geopolitischen Auswirkungen. Nachdem der französische Präsident Emmanuel Macron von der ukrainischen Version der Butscha-Ereignisse erfahren hat, erklärte er, dass er eine neue Runde massiver wirtschaftlicher Massnahmen gegen Russland befürwortet, insbesondere gegen den Kohle- und Ölsektor.

Es bleibt den LeserInnen überlassen, eigene Schlussfolgerungen zu ziehen. Natürlich müsste eine internationale Kommission unter der Leitung qualifizierter ExpertInnen diese Ereignisse untersuchen, um den tatsächlichen Ablauf der Geschehnisse in Butscha zu ermitteln.

Mision Verdad ist ein venezolanisches investigatives Nachrichtenportal. Übersetzung: UW.

Kampf gegen «Desinform...»

Fortsetzung von Seite 3

führende Vertreter der acht grössten US-Waffenhersteller einlädt, um die Fähigkeit der Industrie zu erörtern, den Waffenbedarf der Ukraine zu decken, falls der Krieg mit Russland Jahre dauern sollte». Zu den Teilnehmern dieses Treffens, bei dem es um die Notwendigkeit geht, die Waffenproduktion für den Stellvertreterkrieg in der Ukraine zu erhöhen, gehört auch Raytheon, das sich glücklich schätzen kann, den pensionierten General Lloyd Austin als Verteidigungsminister zu haben, eine Position, in die er aus dem Direktorium von Raytheon aufgestiegen ist. Es ist praktisch unmöglich, sich ein Ereignis vorzustellen, das für die Waffenindustrie günstiger ist als dieser Krieg in der Ukraine.

Neocons im Höhenflug

Diese permanent mächtige Fraktion ist bei weitem nicht die einzige, die vom Krieg in der Ukraine profitiert und deren Vermögen davon abhängt, den Krieg so lange wie möglich zu verlängern. Die Vereinigung von US-Sicherheitsstaat, Neokonservativen und ihren Medienverbündeten war seit den Blütezeiten im Jahr 2002 nicht mehr so hoch im Kurs. Chris Hayes, einer der lautstärksten Fürsprecher der Demokratischen Partei beim Sender MSNBC, schwärmte, dass der Krieg in der Ukraine den Glauben und das Vertrauen in die CIA und die Geheimdienste mehr als jedes andere Ereignis der letzten Zeit wiederbelebt habe – und das zu Recht, wie er meinte: «Die letzten Wochen waren für die US-Geheimdienste wie der Irak-Krieg in umgekehrter Form.» Man kann kaum eine Mainstream-Zeitung lesen oder einen Nachrichtensender anschauen, ohne zu

sehen, wie die kriegslüsterndste Bande von Neokonservativen der Nation – David Frum, Bill Kristol, Liz Cheney, Wesley Clark, Anne Applebaum, Adam Kinzinger – als weise Experten und heldenhafte Kämpfer für die Freiheit gefeiert werden.

Langer Krieg gewünscht

Dieser Krieg war für die ständige politische und mediale Klasse in Washington in der Tat ein Gewinn. Und obwohl es wochenlang ein Tabu war, dies auszusprechen, ist es jetzt mehr als klar, dass das einzige Ziel der USA und ihrer Verbündeten in Bezug auf den Krieg in der Ukraine darin besteht, ihn so lange wie möglich andauern zu lassen. Es gibt nicht nur keine ernsthaften diplomatischen Bemühungen der USA, den Krieg zu beenden, sondern das Ziel ist, dafür zu sorgen, dass das nicht passiert. Das sagen sie jetzt ausdrücklich, und es ist nicht schwer zu verstehen, weshalb.

Die Vorteile eines endlosen Konflikts in der Ukraine sind ebenso immens wie offensichtlich. Der Militärhaushalt schießt in die Höhe. Die Erzfeinde der Demokratischen Partei – Russland und Putin – werden bestraft, während sie in einen Krieg verwickelt sind, unter dem letztlich die UkrainerInnen am meisten leiden. Bürgerinnen und Bürger stehen geschlossen hinter ihren Führern und sind abgelenkt.

Glenn Greenwald ist US-amerikanischer Investigativ-Journalist und Rechtsanwalt. Bekannt wurde er u.a. durch die Publikation von Dokumenten über das geheime NSA-Überwachungsprogramm, welche er von Edward Snowden erhalten hatte.

Quelle: greenwald.substack.com
Übersetzung und Kürzung: UW



Eine Parabel

Der beissende Hund im Stadtpark

Von Tino Eisbrenner

Im alten Stadtpark nahe der grossen Siedlung haben fünf riesige Köter einen einzelnen, nicht minder grossen, umstellt und fletschen die Zähne. Sein anfängliches Schwanzwedeln erwidern sie keineswegs. Als sie näher rücken, beginnt der Einzelne böse zu knurren und weicht etwas zurück. Die anderen rücken nach und knurren gleichsam mit blitzendem Gebiss. Ein paar Schritte kann der Einzelne noch zurück, dann steht er mit dem Rücken an der alten überwucherten Stadtmauer. Die fünf Köter rücken nochmals nach.

Es darf an dieser Stelle erwähnt werden, dass die sechs Köterbesitzer sich etwas abseits in einem munterem Gespräch über das Wetter befinden, als sich der einzelne Köter plötzlich und unbarmherzig entschliesst, die Flucht nach vorn anzutreten, und dem ihm nächsten, am lautesten knurrenden Köter an die Kehle geht. Im selben Moment springen die sechs Köterbesitzer hinzu und packen ihre Köter am Kragen – jeder den seinen – bevor

es zu einem grossen Knäuel, in dem jeder Köter jeden beisst, kommen kann. So machen Köterbesitzer das eben. Die Situation ist gerettet. Alle Köter sind angeleint und in gebührendem Abstand zueinander trotten sie, geführt von den Köterbesitzern, zur grossen Siedlung zurück.

Wer nun aber glaubt, die Geschichte würde friedlicher verlaufen, wenn fünf der sechs Köterbesitzer den Einzelnen als «bösen Hund» beschimpften, sein Herrchen aus der Gemeinschaft der Köterbesitzer ausschlossen; alle Köter, die dem Einzelnen zu ähneln scheinen, sowie auch ihre Besitzer, deren Autos, Gärten und Läden in der grossen Siedlung und anderswo, mit Farbbeuteln oder gar Steinen bewerfen, ihre Bücher verbrennen, ihre Speisen umbenennen, ihre Theaterstücke verbieten, ihre Kinder schikanieren würden – und was sonst noch so alles vorstellbar wäre, dem haben wir nichts mehr zu sagen.

Tino Eisbrenner ist ein deutscher Lyriker, Songschreiber und Friedensaktivist. Quelle: UZ.

Nein zum Frontex-Ausbau

Krieg gegen MigrantInnen

Am 15. Mai kommt das Referendum über die Schweizer Beteiligung am Frontex-Ausbau zur Abstimmung. Mit dem Referendum soll verhindert werden, dass der militarisierte Arm des EU-Grenzregimes durch die Schweiz mit mehr Personal und Waffen ausgestattet wird. Die Grenzschutzagentur Frontex ist involviert in Menschenrechtsverletzungen und illegale Zurückweisungen von MigrantInnen.

Von Tarek Idri

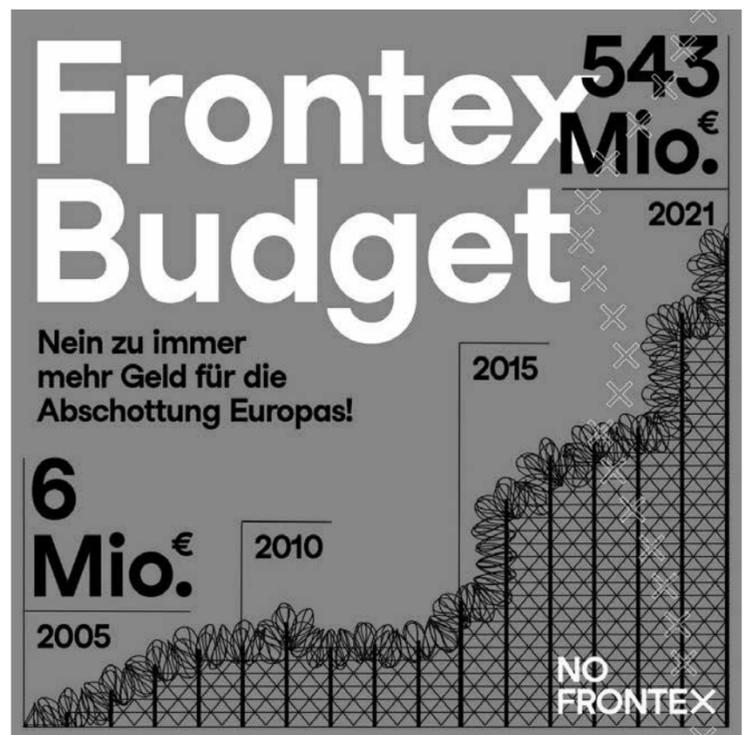
Im März 2020 gerät ein Flüchtlingsboot im Mittelmeer in Seenot. Etwa 50 Menschen befinden sich an Bord, zusammengedrängt, sie schwitzen. Das Boot treibt bewegungslos vor sich hin, einsam, mitten im weiten Meer. Es herrscht Unruhe, warum geht es nicht weiter? Der Motor sei ins Wasser gefallen, heisst es. Verwirrung, Panik bricht aus. Und dann: Die Leute zeigen auf ein Flugzeug in der Ferne. Es hat sie gesehen! Bald wird Hilfe kommen. Die Menschen auf dem Flüchtlingsboot warten und warten – es passiert nichts. Erst zehn Stunden später erscheint ein Schiff. Es ist von der libyschen Küstenwache. Die Flüchtlinge werden aus dem Meeresteil, der rechtlich zu Malta gehört, ins Bürgerkriegsland Libyen zurückbefördert. Das Flugzeug gehörte zur Grenzschutzagentur Frontex und hatte nicht nur die See-

notleitstellen in Italien und Malta informiert, sondern auch die libyschen Behörden. Das war kein Einzelfall. Recherchen von ARD und Spiegel haben gezeigt, dass bei mindestens acht solcher Rückführungen nach Libyen ein Frontex-Flugzeug beteiligt war. Mateo de Bellis von Amnesty International erklärt die Rolle von Frontex: «Ihre Flugzeuge spüren Flüchtlingsboote im zentralen Mittelmeer auf, melden die Koordinaten an die Seenotleitstellen – und damit auch nach Tripolis. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres hat die libysche Küstenwache mehr als 4500 Menschen abgefangen und zurückgebracht. Mehr als doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Die Flüchtlinge, die zurückgeschleppt werden, landen dann oftmals in Gefängnissen, wo ihnen laut den Vereinten Nationen und der EU Folter, Misshandlungen und der Tod drohen.»

Gegen EU- und Völkerrecht

Bei Frontex handelt es sich um die Grenzschutzagentur der Europäischen Union. 2005 wurde sie gegründet, um Grenzwächter, Strafverfolgung und Zollbehörden im Schengen-Raum zu unterstützen, aufzurüsten und auszubilden, um Rückführungen von sogenannten irregulären MigrantInnen durchzuführen und Ausschaffungen durchzusetzen. Ihr anfängliches Budget von sechs Millionen Euro ist um ein Vielfaches erhöht worden und soll bis 2027 elf Milliarden Euro betragen. Momentan ist auch geplant, die Einsatztruppe von Frontex auf ein stehendes Heer von 10000 GrenzwachterInnen aufzustocken.

Zur Durchsetzung des europäischen Grenzregimes arbeitet Frontex nicht nur direkt an den EU-Aussen Grenzen oder innerhalb der europäischen Länder, sondern ist vermehrt auch in Drittstaaten im Einsatz. Mittlerweile kooperiert Frontex mit über 20 Nicht-EU-Ländern. Ein besonders skandalöses Beispiel ist die oben geschilderte Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache. Frontex toleriert auch Misshandlungen und Grundrechtsverletzungen



von den Grenzschutzbeamten der einzelnen EU-Länder. Immer wieder sterben Menschen durch das Verhalten der europäischen Grenzwächter, und Frontex unternimmt nichts dagegen. Im September 2021 starben zwei afrikanische Flüchtlinge bei einem illegalen Pushback in Griechenland, bei dem ein Flüchtlingsboot daran gehindert wurde, an Land zu gehen. Zwei Männer wurden vom Grenzschutz einfach zurück ins Meer geworfen und ertranken. Bei den sogenannten Pushbacks werden MigrantInnen teilweise mit Gewalt an der Grenze zurückgewiesen, ohne dass sie einen Antrag auf Asyl stellen konnten. Nach EU-Recht und Völkerrecht sind Pushbacks verboten: Wer in seinem Heimatland aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen verfolgt wird, hat das Recht, eine Grenze zu überschreiten und in einem anderen Land Schutz zu suchen. Die Völkerrechtlerin Nora Markard von der Universität Münster erklärt ganz deutlich, dass das Verhalten von Frontex und den verschiedenen europäischen Grenzschutzbehörden «mit dem Völkerrecht unvereinbar ist». Es sei «im Grunde Beihilfe zu schwersten Menschenrechtsverletzungen». Es ist erwiesen, dass Frontex involviert ist in solche Menschenrechtsverletzungen. Sie beteiligte sich teilweise an Pushbacks und wusste in vielen Fällen Bescheid über Rechtsbrüche von Grenzwachtern der EU-Staaten, ohne sie zu verhindern.

wollen Bewegungsfreiheit und keinen erhöhten Grenzschutz.»

Teil der «Festung Europa»
Dieses Referendum ist auch aus friedenspolitischer Sicht bedeutsam. Es zeigt deutlich auf, dass die Schweiz Teil des EU-Migrationsregimes ist; die Schweiz ist hier nicht neutral. Sie macht willig mit, bei dem, was Jean Ziegler den «bewaffneten Arm einer kriminellen Abschreckungsstrategie» nennt. Frontex ist ein militarisiertes Teil der «Festung Europa», welcher, statt für die nötigen sicheren Fluchtwege zu sorgen, einen regelrechten Krieg gegen MigrantInnen führt. Es handelt sich um Militäroperationen unter dem Deckmantel des Grenzschutzes. Der Frontex steht ein grosses Arsenal an militärischer Infrastruktur zur Verfügung, welches durch die zusätzlichen finanziellen und personellen Mittel stark ausgebaut wird: Die Agentur hat eigene Einsatzfahrzeuge, Schiffe, Flugzeuge, Drohnen und kann zukünftig ihr stehendes Heer aus Grenzschutzbeamten mit eigenen Waffen ausrüsten. Die Stimmberechtigten müssen Nein sagen zu dieser Agentur, welche das Unrechtsregime der EU aufrechterhält. Die Schweiz muss sich auch endlich ihrer Verantwortung in diesem Weltsystem bewusst werden, welches Fluchtbewegungen und Vertreibung generiert. Die herrschende Klasse in diesem Land profitiert sehr stark von der Rolle der Schweiz als Drehscheibe für Rohstoffe, als Bankenzentrum und Waffenherstellerin. Damit wird Krieg und Gewalt in den Länder des Südens gefördert.

Schweizer Geld für Frontex

Die Schweiz ist als Schengen-Mitglied fest eingebunden in das EU-Migrationsregime und beteiligt sich aktiv an Frontex – sowohl personell als auch finanziell. Im Oktober letzten Jahres haben sich Nationalrat und Ständerat für die Beteiligung der Schweiz am weiteren Ausbau von Frontex ausgesprochen. Geplant ist, dass der finanzielle Beitrag deutlich mehr als verdoppelt wird: Von bisher 24 Millionen wird er auf über 60 Millionen ansteigen. Auch das Schweizer Personal für Frontex soll aufgestockt werden.

Die Entscheidung des Parlaments wurde nicht ohne Widerstand hingenommen. Es formierte sich ein Referendumskomitee gegen die geplante Erhöhung des Beitrags an Frontex, welches von verschiedenen Migrationsorganisationen getragen wird. Am 15. Mai wird an der Urne über das Referendum entschieden. Saeed Farkhondeh vom Referendumskomitee ruft dazu auf, Nein zum Frontex-Ausbau zu stimmen: «Frontex mehr Geld zu geben, bedeutet, dass es mehr Gewalt an der Grenze gibt. Deshalb ist das Komitee No Frontex gegen die Erhöhung des Geldes für Frontex. Wir



Aktion des initiativkomitees von Stopp F-35. Quelle: Stopp F-35

Stopp F-35!

Lärmbelästigung droht

Ein Bericht von Armasuisse bestätigt, dass die neuen Kampfflugzeuge, die der Bund anschaffen will, für doppelt so viel Lärm sorgen wie die bisherigen Maschinen. Erfahrungen aus den Niederlanden und Norwegen zeigen, dass die Lärmemissionen der F-35 für die AnwohnerInnen von Flugplätzen sehr belastend sind.

Von Tarek Idri

Der F-35 verursacht Lärm, viel Lärm. Das neue Kampfflugzeug, das die Schweizer Regierung anschaffen will, erzeugt einen um 3 Dezibel höheren durchschnittlichen Geräuschpegel als die bisherigen F/A-18-Kampffjets. Ein Bericht vom Bundesamt für Rüstung Armasuisse bestätigt dies. Die Behörde versucht, zu beschwichtigen: Falls die neuen Kampfbomber angeschafft werden, würde man die Lärmbelästigung kompensieren, indem weniger geflogen wird. Man plant, die Zahl der Abflüge in Payerne (VS) und Meiringen (BE) zu halbieren; in Emmen (LU) will man sie sogar um 70 Prozent senken. Die zusätzliche Lärmbelastung «stelle einen für das menschliche Ohr im Alltag kaum wahrnehmbaren Lärmunterschied dar», behauptet Armasuisse in ihrer Medienmitteilung.

Beschwerden von AnwohnerInnen

SP-Nationalrat Pierre-Alain Fridez aus dem Jura stellt die Beurteilung

von Armasuisse infrage: Die Erhöhung um 3 Dezibel stelle in Wirklichkeit eine Verdopplung des Lärms dar, weil er logarithmisch gemessen wird. Fridez verweist auch auf Berichte aus Norwegen und den Niederlanden, in denen sich AnwohnerInnen über den störenden und belastenden Lärm von F-35-Flieger beschwerten. In den Niederlanden wurden fast 600 Beschwerden von AnwohnerInnen wegen dem Lärm der Kampfflugzeuge eingereicht. In Norwegen wurden umgerechnet 150 Millionen Franken für den Kauf und Abriss von 150 Häusern in der Nähe eines Flugplatzes und für die Umsiedlung ihrer BewohnerInnen ausgegeben. Bei den Leuten, die geblieben sind, mussten Massnahmen zur Schalldämmung vorgenommen werden, unter anderem wurden 51 Millimeter dicke Fenster eingebaut.

Übelkeit durch Infraschall

In der Schweiz ist nichts dergleichen geplant. Das VBS gibt jedoch das Versprechen ab, dass man rund um

Militärflugplätze «bei Bedarf neue Lärmschutzfenster einbauen» würde. Laut Fridez dürfte es vor allem in Meiringen sehr schlimm werden, weil die F-35 dort wegen der kürzeren Landebahn einen Booster einsetzen müssten, der beim Start dann noch mehr Lärm macht. Das Phänomen würde durch die umliegenden Berge zusätzlich verstärkt.

David Raccaud von der GSoA glaubt, dass der Bundesrat beim Entscheid für diesen Kriegsfieger die Lärmbelastung für die Bevölkerung, die in der Nähe von Militärflugplätzen leben, nicht berücksichtigt hatte. Er sieht auch das Problem des Infraschalls, den die Flieger erzeugen und der Übelkeit verursachen kann.

Mit der Volksinitiative «Stopp F-35» kann verhindert werden, dass die F-35 gekauft werden und dass die AnwohnerInnen von Militärflugplätzen noch mehr Lärm ausgesetzt werden. Laut Initiativkomitee wurden bisher etwa 75 000 Unterschriften gesammelt. Man hofft, die erforderliche Anzahl von 100 000 Unterschriften noch vor dem Sommer zu erreichen.

Infos zur Initiative:
www.stopp-f-35.ch

Und die Schweiz macht mit. Stopp!
Nein am 15. Mai

NO FRONTEX



Kinder spielen Fussball in den Häuserruinen der angegriffenen Stadt Sa'ada im Nordwesten Jemens. Quelle: IKRK

Krieg im Jemen

Die Oberhand verloren

Der Krieg im Jemen geht in sein siebtes Jahr, und ein Ende ist nicht in Sicht. Der von Saudi-Arabien geführten Koalition ist es nicht gelungen, der jemenitischen Armee und Volkskomitees einen tödlichen Schlag zu versetzen, während auch letztere die Angreifer nicht entscheidend besiegen konnten.

Von Saeed al-Shehabi

Der Konflikt im Jemen ist ein Zermürbungskrieg, der für beide Seiten, für die Huthis wie die saudische Koalition, kräftezehrend ist und keine greifbaren Ergebnisse bringt. Trotz der Forderung nach einer Beendigung der Kämpfe hat der politische und wirtschaftliche Einfluss der Koalition eine verbindliche Resolution des UN-Sicherheitsrats zu diesem Zweck blockiert. Dies wird als katastrophales Versagen des gemeinsamen internationalen Handelns angesehen.

Es ist klar, dass der Krieg aus politischen Gründen im Zusammenhang mit dem Kampf um Einfluss im Nahen Osten ausgebrochen war. Der wachsende Einfluss der von den Huthis angeführten Ansar-Allah-Gruppe im

Jemen wurde als eine Ausweitung des iranischen Einflusses angesehen, obwohl die Gruppe historisch gesehen Saudi-Arabien nahe stand. War dies ein ausreichender Grund, um einen umfassenden Krieg zu beginnen? Was ist mit den beteiligten Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), die keine gemeinsame Grenze mit dem Jemen haben und geografisch näher am Iran liegen?

Welche Gründe haben die USA und Grossbritannien dazu veranlasst, sich an dem Krieg zu beteiligen? Wenn man von der Logik ausgeht, die als Rechtfertigung für den Krieg in der Ukraine angeführt wurde, dann ist der Einwand des Westens gegen den russischen Einmarsch hinfällig. Russland sieht die mögliche Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO als

Sicherheitsbedrohung an, die westlichen Einfluss und Truppen bis an die russische Grenze bringt. Wir müssen uns fragen, warum sich die NATO in der Ukraine gegen Russland stellt und gleichzeitig ignoriert, was einige ihrer wichtigsten Mitglieder und Verbündeten im Jemen tun.

Die USA haben schon früh erkannt, dass der Jemen-Krieg ein Fehlschlag war und die jemenitischen Parteien unter der Führung der Huthis nicht besiegt werden konnten. Daher beendete Washington im Februar letzten Jahres seine bisherige Rolle, zum Ärger Saudi-Arabiens. Die VAE reduzierten ihre militärische Beteiligung vor drei Jahren, nachdem die Zahl der Opfer gestiegen war und die JemenitInnen drohten, Ziele in den VAE anzugreifen.

Hungernde Kinder

Der Jemen hat sich zu einer starken regionalen Macht mit erfahrenen KämpferInnen in seinen Reihen ent-

wickelt. Das setzt Abu Dhabi und Riad unter Druck. Anstelle eines überwältigenden qualitativen Vorteils für die beiden Verbündeten haben die JemenitInnen die Initiative zurückgewonnen und eine neue Balance geschaffen, ein «Gleichgewicht des Schreckens». Die saudische Koalition ist auch stärker auf Raketen und Drohnen angewiesen, was nicht zu den Kalkulationen derjenigen gehörte, die den Krieg geplant haben. Sobald Einrichtungen im Jemen von der Koalition ins Visier genommen werden, ist die jemenitische Reaktion prompt und verlustreich. Wirtschaftseinrichtungen in Riad, Dammam und Abu Dhabi wurden ebenso getroffen wie militärische Einrichtungen. Die Saudis und die Emirate haben die Oberhand verloren.

Auch haben die Bilder verhungerner jemenitischer Kinder das Image der Koalition beschädigt. Niemand, der ein Gewissen hat, kann sich den Bildern skelettierter Säuglinge und Kinder entziehen. Trotz des Versuchs, eine Mediensperre im Jemen zu verhängen, konnten Menschenrechtsorganisationen und JournalistInnen die Auswirkungen des Krieges auf die Menschen im Jemen, insbesondere die Belagerung von Flughäfen und Häfen, einem weltweiten Publikum vor Augen führen.

Darüber hinaus haben die VAE dazu beigetragen, bewaffnete Gruppen im Südjemen aufzubauen, die den Frieden und die Zukunft des Jemen bedrohen. Sie haben SeparatistInnen im Jemen unterstützt, um den Hafen von Aden zu kontrollieren, der unter die Verwaltung des riesigen Konzerns DP World der VAE gestellt wurde. Die VAE kontrollieren viele afrikanische Häfen in der Region der Meerenge Bab Al-Mandab und haben die strategisch wichtige jemenitische Insel Sokotra zu einem Militärstützpunkt gemacht, während sie in einer Reihe von Ländern der Region militärisch expandieren. Die saudisch geführten Koalitionstruppen streben unterdessen die vollständige Kontrolle über den Hafen von Hodeidah an, über den Lebensmittel und Baumaterialien in den Jemen gelangen.

Chaos und Zerstörung

Die Koalitionstruppen haben die Initiative sowohl für den Krieg als auch

für den Frieden im Jemen verloren. Sie können die Kämpfe nicht eskalieren lassen, wollen sie aber auch nicht beenden, ohne zuvor echte Siege zu erringen, die ihnen ein wirksames Druckmittel bei den Verhandlungen in die Hand geben.

Es ist klar, dass das einzige Ergebnis des Krieges bisher Chaos, Zersplitterung und Zerstörung ist, was nicht zu Sicherheit und Stabilität in der Region beiträgt. Was hat zum Beispiel das Sultanat Oman von dem Chaos an seinen südlichen Grenzen? Wie wird es um die nationale Sicherheit Saudi-Arabiens bestellt sein, wenn sein südlicher Nachbar instabil ist? Die BefürworterInnen des Krieges in Washington und London wissen seit Langem, dass die Kronprinzen in Riad und Abu Dhabi nicht in der Lage sind, einen umfassenden Krieg wie den im Jemen zu führen, wo heftiger lokaler Widerstand ihn von Anfang an eingedämmt und das Kräfteverhältnis durcheinander gebracht hat. Dank des Drucks von Menschenrechts- und Hilfsorganisationen und einer wachsenden internationalen Antikriegsbewegung gibt es nun auch eine internationale Bewegung zur Beendigung des Krieges.

Die Rückschläge für Saudi-Arabien und die VAE werden sich auf regionaler Ebene widerspiegeln, sei es innerhalb des Golf-Kooperationsrates, der aufgrund der Meinungsverschiedenheiten über den Krieg zersplittert ist, sei es in Bezug auf die Beziehungen zum Irak und zum Iran, sei es im Hinblick auf die lokalen Spannungen in Bahrain und Saudi-Arabien.

Die Träume von einem umfassenden Sieg im Jemen haben sich in Luft aufgelöst, und die Diskussionen konzentrieren sich nun darauf, den Krieg zu möglichst geringen politischen Kosten zu beenden. Nach sieben Jahren gibt es keinen anderen Ausweg aus dem Krieg als ein Nullsummenspiel. Nach sieben Jahren hat der saudische Krieg im Jemen seine Ziele nicht erreicht. Dieses Scheitern ist in den Augen der Weltöffentlichkeit eine Niederlage für die Partei, die den Krieg begonnen und aufrechterhalten hat.

Saeed al-Shehabi ist ein politischer Aktivist und Journalist aus Bahrain.

Quelle: Middle East Monitor, Übersetzung: UW.

Julian Assange

Schreiben gegen das Vergessen

Am 11. April jährt sich die Inhaftierung von Julian Assange zum dritten Mal. Ein Jubiläum der Schande, das in der westlichen Presse keine Zeile wert ist.

Von Alva Noi

Es gibt Dinge, über die zu schreiben schwierig ist. Keine Neuigkeiten, alles ist gesagt. Dennoch, wir dürfen Julian Assange nicht vergessen. Zu wichtig ist seine Akte, zu ungeheuerlich sind die Auswirkungen seiner Verfolgung für den Journalismus und die Demokratie. So verkommt das Schreiben für *Unsere Welt* über Assange heute zum Kampf gegen das Vergessen. Vor drei Jahren wurde er aus der ecuadorianischen Botschaft in einen Wagen gezerrt und in den Sicherheitstrakt des Gefängnisses Belmarsh verfrachtet. Seit dem 11. April 2019 sitzt er dort in Isolationshaft und hat so quasi einen vorgezogenen Strafvollzug angetreten. Ein trauriges Jubiläum einer staatlich verordneten Schandtät mit dem Ziel, die Psyche eines mutigen Mannes zu zerstören. Die US-amerikanische Justiz sendet so die Botschaft an alle möglichen Whistleblower: Haltet die Klappe, sonst seid ihr dran!

Mandela Rules

Die Isolationshaft beschäftigte und beschäftigt auch die UNO seit Jah-

ren. Nelson Mandela als wohl prominentestes Opfer trotzte mit unvorstellbarem Willen dem Alltagsgrauen hinter Gittern im Südafrika des letzten Jahrhunderts. Die Unbeugsamkeit eines Mannes, vor der Präsidenten verschiedenster Staaten den Hut zogen. Als er dann im Jahre 2013 starb, liess Präsident Barack Obama die Flaggen in den Vereinigten Staaten auf Halbmast setzen. Zu seinem 100. Geburtstag würdigte er ihn als Kämpfer für Gleichheit und soziale Gerechtigkeit. Zwischen dem Tod und seinem 100. Geburtstag vergingen gerade mal 5 Jahre. Eine Zeit, in der die UNO die Mindestgrundsätze der Vereinten Nationen für die Behandlung von Gefangenen für ihre Mitgliedstaaten festlegte. Zu Ehren von Mandela wurden und werden diese Regeln auch heute noch «Mandela Rules» genannt. Ein Blick in diese Grundsätze lohnt sich.

Verbotene Isolationshaft

Über 100 Regeln umfasst das Werk, die Nummer 43 befasst sich mit der Einzelhaft. Zitat: «Verboten sind insbesondere folgende Prakti-

ken: a) unausgesetzte Einzelhaft; b) Langzeit-Einzelhaft.» Unausgesetzte Einzelhaft heisst über mehrere Tage dauernde Einzelhaft. Das Regelwerk definiert auch den Begriff der Einzelhaft bzw. Langzeit-Einzelhaft: «Im Sinne dieser Regeln bedeutet «Einzelhaft» die Absonderung eines Gefangenen für mindestens 22 Stunden pro Tag ohne wirklichen zwischenmenschlichen Kontakt. «Langzeit-Einzelhaft» bedeutet eine mehr als 15 aufeinanderfolgende Tage während Einzelhaft.» Und dann kommt es doch tatsächlich bei Regel 45: «Einzelhaft ist nur in Ausnahmefällen als letztes Mittel anzuwenden.» Wohl um Schlimmeres zu vermeiden – zum Beispiel einen Mord. Voilà! Schöne Völkergemeinschaft, schöne Worte von Obama, bedeutungsschwangeres Handeln mit Flaggen auf Halbmast. Die USA, England und auch Schweden beauftragen die UNO mit vielen anderen Staaten, humane und an der Menschenwürde orientierte Haftbedingungen zu definieren. Im Falle von Whistleblowern in den eigenen Reihen gelten dann aber diese Grundsätze nicht mehr. Obama hätte es in der Hand gehabt, am Ende seiner Amtszeit Assange zu begnadigen. So viel zur Scheinheiligkeit.

Wo sind sie heute, die Whistleblower?

So ziehen sich die Tage in Belmarsh hin. Hier und da gibt es ein paar Minuten auf einem Spaziergang im Gefängnishof – doch vergessen von der Welt. Ein einsames Dasein ohne Kontakt mit Menschen. Die Öffentlichkeit guckt im Moment nach der Ukraine. Die Fratze des Krieges und deren mediale Aufbereitung verdrängen das Einzelschicksal mit überragender Bedeutung für die «freie» Welt. Vergessen ist aber nicht nur Assange in seiner Zelle, vergessen sind auch alle anderen Konfliktherde. In Afghanistan herrscht Hunger, die Staatsgelder sind eingefroren. In Jemen führen die Saudis Krieg, unterstützt durch die USA. Konfliktherde hüben und drüben mit tausenden Geheimdienstlern. Ihr Tageswerk ist wohl nicht Brot für Hungernde backen oder Kinder unterrichten. Der Westen mischt mit. Und da täte es

hier und da gut, wieder ein Fenster in dieses Dunkel zu öffnen mit Informationen aus dem Machtzirkel. Hale, Menning und Snowden wurden prominent durch ihre Veröffentlichungen und verbannt. Bei einer angedrohten Haftstrafe von 175 Jahren reicht vielen wohl der Mut nicht, ihr Wissen der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Schweigen ist angesagt, auch bei Whistleblowern. Und wir werden angehalten, die Mär vom durch russische Aggression bedrohten Westen zu glauben.

Das oberste britische Gericht hatte zuletzt eine Berufung gegen die Auslieferung von Julian Assange an die USA abgewiesen. Nun soll am 20. April der Auslieferungsbeschluss ausgefertigt werden, der dann an die britische Innenministerin Priti Patel überstellt werden wird. Assanges Anwälte haben dann vier Wochen Zeit Einspruchsgründe vorzubringen. Die Entscheidung liegt letztlich bei Patel.



**FREIHEIT FÜR
JULIAN ASSANGE**

Kriegsverbrecher vor Gericht

friedensbewegung.ch



Antifranzösische Proteste in Malis Hauptstadt Bamako, 2019. Quelle: zVg

Operation «Barkhane» in Mali

Wut auf Frankreich

Die malische Regierung hat Frankreich zum sofortigen Abzug ihrer Truppen aufgefordert. Die Militärintervention, die seit neun Jahren geführt wird, hat ausschliesslich Tod und Verwüstung über das westafrikanische Land gebracht. Frankreich zieht aus Mali ab, verschwindet jedoch nicht aus der Region.

Von Tarek Idri

Im Januar schreibt die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» entrüstet: «Das Militärregime in Bamako geht gegen diejenigen vor, die Mali helfen wollen.» Für die westlichen Medien scheint es vollkommen rätselhaft zu sein, weshalb die EuropäerInnen für die «Hilfe», die sie ihren ehemaligen Kolonien «leisten» würden, nur auf Undank stossen. Frankreich führt in Mali seit neun Jahren eine Militärintervention durch. Die Bilanz: Fast 7000 zivile Opfer, eine Million MalierInnen auf der Flucht, 53 tote französische SoldatInnen und Kosten von mehr als acht Milliarden Euro (für Frankreich). Gebracht hat dieser Krieg – weniger als nichts. Die DschihadistInnen, gegen die sich die Intervention richtete, sind in Mali stärker denn je. Bis zu 80 Prozent des Landes stehen mittlerweile unter Kontrolle von IslamistInnen sowie Kriminellen und es besteht die Gefahr, dass sich die terroristischen Gruppen auf weitere Länder ausbreiten.

Nach Niger verlegt

Die Operation «Barkhane» sowie der Einsatz der «Task Force Takuba» werden demnächst eingestellt. Die etwa 5000 französischen SoldatInnen, die in der Sahelzone stationiert sind, werden dabei teilweise reduziert. In Mali selber werden 2500 SoldatInnen abgezogen und die Militärbasen Frankreichs bis Mitte Jahr geschlossen, wie der französische Präsident Emmanuel Macron im Februar bekannt gab. Es handelt sich dabei aber keineswegs um ein Ende der militärischen Aktivität der Kolonialmacht in Westafrika. Macron betonte, dass Frankreich und seine «Partner» weiter in der Region präsent bleiben wollten. Man verlagere die Unterstützung in die Küsten Westafrikas sowie in die Nachbarländer Malis. Fest steht bereits, dass Takuba nach Niger, in die Grenzregion zu Mali verlegt werden soll. Das Ende der Einsätze «Barkhane» und «Takuba» in Mali bedeutet explizit nicht «das Ende des bewaffneten Kampfes europäischer Kräfte gegen DschihadistInnen». An einem Gipfeltreffen zwischen Frankreich und afrikanischen Ländern kündigte Macron zusammen mit dem senegalesischen Präsidenten an, dass künftig bis zu «25000 Mann in verschiedenen Missionen» in der Region im Einsatz sein würden. Neben den französischen Interventionstruppen bestehen noch verschiedene EU-Ausbildungsmissionen und UN-

Stabilisierungseinsätze wie «Minusma», die weitergeführt werden.

Rausschmiss aus Mali

Aus dem «koordinierten Rückzug», wie es Macron bezeichnete, wurde am Ende vielmehr ein Rausschmiss aus Mali, den die Militärregierung unter Oberst Assimi Goïta forcierte. Aus Sicht der malischen Regierung handelte es sich bei der Entscheidung Frankreichs, aus Mali abzuziehen, um ein Verstoß der Abkommen zwischen beiden Ländern. Frankreich wurde deshalb Anfang Jahr zum sofortigen Truppenabzug aufgefordert. Ein Sprecher der Interimsregierung erklärte im malischen Fernsehen: «Angesichts wiederholter Verstöße gegen Verteidigungsabkommen hat die Regierung die französischen Behörden zum unverzüglichen Abzug der «Barkhane»- und «Takuba»-Streitkräfte unter Aufsicht der malischen Behörden aufgefordert.» Die französischen Militäreinsätze hätten nicht verhindert, dass sich die terroristische Bedrohung aus dem Norden Malis mittlerweile über das ganze Land erstreckte. Weiter heisst es in der Erklärung: «Die Regierung Malis erinnert daran, dass die Operation Serval nicht nötig gewesen wäre, hätte die NATO 2011 nicht in Libyen interveniert. Diese Intervention, die die Sicherheitslage in der Region fundamental verändert hat, in der Frankreich zum grössten Leidenwesen der AfrikanerInnen eine aktive und massgebliche Rolle gespielt hat, ist die Ursache der aktuellen Sicherheitsprobleme Malis im Besonderen und des Sahels generell.»

Auf der ganzen Linie gescheitert

In der Bevölkerung stösst das Ende der Militärintervention auf Freude und Erleichterung. Tausende MalierInnen feierten den Abzug französischer Truppen auf einer Demonstration in der Hauptstadt Bamako als «Sieg gegen den Imperialismus». Für die Menschen im Land ist ganz klar, dass der «Anti-Terror-Einsatz» auf ganzer Linie gescheitert ist und Frankreich dabei vor allem eigene wirtschaftliche und geopolitische Interessen verfolgt hatte. In einer Berichterstattung des SRF wird der malische Bauer Zakaria Diallo zitiert: Als die Franzosen in Mali eingriffen, war er zunächst positiv eingestellt gewesen. Doch dann kam es in seinem Dorf zu mehreren Auseinandersetzungen zwischen DschihadistInnen und Militärs. Diallos Familie musste flüchten und lebt seither in einem Flüchtlingslager

in der Hauptstadt Bamako. «Damals hatte ich für Frankreich applaudiert, heute würde ich das nicht mehr tun.»

Neben den vielen toten ZivilistInnen, welche beide Seiten des Konflikts zu verantworten haben – beispielsweise hat Frankreich 2021 eine Hochzeit bombardiert und 21 Menschen getötet –, war es vor allem die Vorgehensweise Frankreichs in ihrem Kriegseinsatz, die schnell auf Ablehnung gestossen ist. Die Macron-Regierung wollte die «guten» bewaffneten Gruppen (zum Beispiel die Azawad-Bewegung der Tuareg) gegen die «bösen» bewaffneten Gruppen (IS und al-Qaida) ausspielen, was in der malischen Bevölkerung Wut ausgelöst hat. In der Regierung wie in der Bevölkerung gibt es viele Stimmen, die sich für Verhandlungen mit den DschihadistInnen aussprechen. Für eine solche Strategie hatte Frankreich nie Verständnis.

Harte Sanktionen

Die Wut der Bevölkerung und der Regierung in Mali gegenüber Frankreich entspringt auch der Tatsache, dass die Westafrikanische Staatengemeinschaft (ECOWAS) und die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA) auf Druck Frankreichs im Januar massive Sanktionen gegen Mali und die Übergangsregierung ausgesprochen haben. Die malische Regierung bezeichnete die Sanktionen als illegal und unmenschlich. Sie umfassen Grenzsicherungen, den Abbruch diplomatischer Beziehungen sowie ein Finanz- und Handelsembargo. Russland und China konnten zumindest im UN-Sicherheitsrat eine französische Resolution zur Unterstützung der westafrikanischen Sanktionen blockieren.

Offizielle Begründung für die Sanktionen ist, dass die Übergangsregierung die für Februar dieses Jahres angesetzten Neuwahlen um fünf Jahre verschoben hat. Der Grund dafür wird von den westlichen Medien nicht genannt: Der Aufschub soll dazu dienen, das Staatswesen Malis auf ein solides Fundament zu stellen. Die Idee kommt nicht von der Übergangsregierung selber, sondern von den von ihr beauftragten Nationalen Versammlungen zur Neugründung Malis. In ihnen werden Empfehlungen aus den malischen Kommunen zur Restrukturierung der Politik gesammelt.

In der Sahelzone hat sich in den letzten Monaten die Stimmung insbesondere gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich deutlich verändert. Nicht nur in Mali lässt sich die Militärregierung die Arroganz der westlichen Mächte nicht mehr gefallen. Im Nachbarland Burkina Faso wurde im Januar 2022 ebenfalls eine von Frankreich abhängige Marionettenregierung abgesetzt.

Russische Militärhilfe?

Der Rückzug Frankreichs aus Mali bereitet den herrschenden Kreisen in

Europa einiges Kopfzerbrechen. Die CDU in Deutschland befürchtet, dass der Abzug ein sicherheitspolitisches Vakuum in Mali schaffen würde, das von russischen Verbänden gefüllt werden könnte. Tatsächlich ist das Image Russlands unter der malischen Bevölkerung sehr viel besser als dasjenige der europäischen Kolonialmächte. Die malische Bewegung «Appel à la Russie» fordert schon seit mehr als einem Jahr, dass Russland um militärische Unterstützung gebeten wird. Russlands Militärhilfe sei besser als jene Frankreichs, glaubt Sidy Traoré, der Anführer der Bewegung. Er weist auf die erfolgreichen Einsätze des russischen Militärs im Ausland: in Syrien oder der Zentralafrikanischen Republik hätten die RussInnen die Regierung stabilisieren können.

Nach der französischen Ankündigung, sich aus Mali zurückzuziehen, hat die malische Übergangsregierung tatsächlich erklärt, mit der privaten russischen Söldnergruppe «Wagner» zusammenarbeiten zu wollen.

Ob sich die Probleme Malis aber durch den militärischen Einsatz von russischen Truppen wirklich lösen lässt, ist fraglich. Assalama Dawalack Sidi von der Hilfsorganisation Oxfam stellt seit langem infrage, dass ein rein militärischer Ansatz zielführend sei. Der Grund sei, dass dieser die Ursachen der Krise in der Sahelzone nicht beseitigen würde. Die Lösung für Malis Probleme kann die Bevölkerung nur selber herbeiführen, indem sie sich vom neokolonialen Joch, der Ausbeutung, dem Rohstoffraub durch Europa loslöst.

Zum Tod von Madeleine Albright

Kein Vorbild

Von Seyhan Karakuyu

Überall auf der Welt, im Osten wie im Westen, kämpfen Frauen beharrlich und mutig für ihre Rechte. Die erste Welle der Frauenrechtsbewegung forderte unter anderem: das Recht auf Bildung, das Wahlrecht, das Recht auf Arbeit, das Sorgerecht, Scheidungs- und Eigentumsrechte.

Den Auftakt für die Frauenrechtsbewegungen gaben die Suffragetten. Mit ihren Forderungen veränderten sie die Welt. Die Frauen traten endlich wieder sichtbar auf die politische Bühne. Ihre Gegner hatten Angst davor, sie fürchteten um ihre Macht. Tatsächlich ging und geht es der Frauenrechtsbewegung, der feministischen Bewegung nicht um die Führung im Staat, sondern in erster Linie um Gleichheit und Gerechtigkeit, um gleiche Rechte für alle. Ob einzelne Frauen in hohe Staatsämter eingesetzt werden oder in Verwaltungsräte kommen, hat noch nichts mit Emanzipation zu tun. Aussenministerin oder Aussenminister – die weibliche oder männliche Schreibweise verändert in dieser Hinsicht nicht die Tatsache, dass die Handlangerinnen oder Handlanger des US-Imperiums und ihre Taten männlich und kapitalistisch geprägt bleiben.

1997 in den USA: Die allererste Aussenministerin wird eingesetzt: Madeleine Albright. Der höchste Posten im US-Aussenministerium wird feminin, ein Jahrhundert nach der ersten Welle der Frauenrechtsbewegung. Aber war das wirklich ein Gewinn für die Frauen und die feministischen Bewegungen?

Ihr Streben nach «Demokratie» und «Freiheit», war für sie derart wichtig, dass sie bereit war, Tausende Kinder an Hunger sterben zu lassen und ohne UN-Mandat Serbien zu bombardieren. Madeleine Albright ist tot. Sie bleibt eine Kriegsverbrecherin, eine barbarische Person, die genau die Werte vertrat, welche die USA seit

ihrer genozidalen Gründung geprägt haben. Sie ist kein Vorbild für Frauen, die für Gerechtigkeit kämpfen, denn wir wollen nicht im gegebenen System eine formale Gleichberechtigung erreichen, wir möchten eine gerechtere Welt für alle erschaffen. Wir sehen, dass Frauen in Leitungspositionen von imperialistischen Staaten die Unterdrückungsmechanismen reproduzieren, wir sehen, dass sie sich den ökonomischen Bedingungen und dem männlich geprägten Umfeld anpassen. Madeleine Albright war kein Gewinn für die feministische Bewegung, im Gegenteil. Ihre Antwort in einem Interview zur Frage, ob der Tod von mehr als 500000 irakischen Kindern durch die von den USA verhängten Sanktionen es wert gewesen sei, bleibt unvergessen: «Ich denke, das ist eine sehr schwere Entscheidung, aber der Preis ist es wert.» Ihre Haltung und ihr Wirken in der UNO und NATO wurde von den Imperialist:innen und ihren Befürworter:innen als Erfolg gefeiert: Sie habe die Stimme und Präsenz der Frauen in der UNO und NATO vorangetrieben, und das als eine migrantische Frau. Sie wird in der Presse als Heldin und Retterin des Kosovos gefeiert, während ihre Verbrechen gegen das Völkerrecht ignoriert werden. Sie reproduzierte dieselbe kriegstreiberische Rhetorik und Ideologie wie ihre männlichen Vorgänger: «Die USA als die Hüterin der Demokratie.» «Kosovo braucht uns.» Deshalb: Nein, sie und ihre Unterstützer:innen dürfen keinen Anspruch auf Feminismus erheben! Der Feminismus will längst nicht mehr nur zögerliche Emanzipation und Beteiligung am politischen Leben, heute wollen wir die Dekonstruktion der Unterdrückungsmechanismen.

Albrights Leben mag vorbei sein, aber ihre Kriegsverbrechen und Untaten leben fort und prägen immer noch das Leben von Millionen von Menschen, auf dem Balkan und im Nahen Osten.



Strassenaktion in der serbischen Hauptstadt Belgrad. «Bye bye Madeleine» und darunter auf Serbokroatisch: «Brenn in der Hölle». zVg

ISSN 1423-6826
 unserwelt@friedensbewegung.ch
 www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel,
 E-Mail: mail@friedensbewegung.ch, Telefon: 061/681 03 63
 Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri, Jonas Jäggi
 Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu,
 Antoinette Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
 E-Mail der Redaktion: unserwelt@friedensbewegung.ch
 Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
 Auflage: 5000
 Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7, IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
 Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung
 Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen dazu den Talon auf dieser Seite. Herzlichen Dank!

Frieden oder Sieg...

Fortsetzung von Seite 1

rat Cassis genötigt sah, zu beteuern, man sei diesbezüglich «unter den Besten weltweit». Noch vor zwei Monaten schien solches undenkbar für die «neutrale» Schweiz. Dazu muss man sagen, dass die grosse Mehrheit der Länder, praktisch alle ausser dem Westen, Sanktionen gegen Russland weiterhin ablehnt.

Welches Ziel haben die Sanktionen?

Dient der Wirtschaftskrieg mit Sanktionen wirklich dazu, eine friedliche Lösung herbeizuführen? Kann mehr «Druck auf Putin» den Krieg beenden? Oder geht es eher darum, der «richtigen» Seite zum Sieg zu verhelfen? Für die SFB ist klar, dass die Beteiligung an einem Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg zu weiterer Eskalation und von einer Verhandlungslösung wegführt.

Dass es diesbezüglich unter Friedensorganisationen unterschiedliche Haltungen gibt, ist auch der NZZ am Sonntag aufgefallen. Kurz vor dem Berner Ostermarsch schreibt sie, dort trafen «Freunde Russlands auf Befürworter von Waffenlieferungen an die Ukraine». Mit den «Freunden Russlands» sind wir von der SFB gemeint (siehe nebenstehenden Artikel), die letzteren lassen jedoch aufhorchen: In der GSoA gebe es eine Fraktion, für die der Slogan «Frieden schaffen ohne Waffen!» nicht mehr absolut gelte und die Waffenlieferungen an die Ukraine befürworte. Das wäre in der Tat eine bedenkliche Ironie, haben wir doch die Tatsache, dass Schweizer Waffenlieferungen in diesem Fall gesetzlich ausgeschlossen sind, massgeblich der GSoA selbst zu verdanken. «Mehr Waffen führen zu einer Eskalation und einer Verlängerung des Krieges», hiess es noch vor Kurzem von der GSoA. Wir können uns kaum vorstellen, dass sich daran etwas ändern sollte.

Am Ostermarsch traten jedenfalls keine Befürworter von Waffenlieferungen in Erscheinung. Sanktionsforderungen standen nicht im Vordergrund und auch Ukraineafahren waren kaum welche zu sehen. Im Vordergrund stand, was wir alle wollen: den Krieg beenden – überall auf der Welt!



Die SFB am Berner Ostermarsch 2022.
 Fotos: UW



Maduro: «Weltkrieg hat bereits begonnen»

Die venezolanische Präsident Nicolás Maduro hat vor einer weiteren Eskalation der weltweiten Spannungen rund um den Krieg in der Ukraine gewarnt. Bei einer im venezolanischen Fernsehsender VTV übertragenen Rede erklärte er: «Der Weltkrieg hat schon begonnen, und seine erste Phase ist eine wirtschaftliche mit Sanktionen und Blockaden.» Ganze Regionen befänden sich bereits in extremen Schwierigkeiten, da der Ukraine-Krieg zu Problemen auf den Weltmärkten für Öl, Rohstoffe und Lebensmittel geführt habe. «Unser Appell ist, dass der wirtschaftliche Weltkrieg nicht weiter eskaliert und sich zu keinem militärischen Krieg und zu keinem Atomkrieg entwickelt, was für die Menschheit das Schlimmste wäre», so Maduro weiter. Zudem betonte der venezolanische Staatschef erneut, die Verantwortung für den Krieg in der Ukraine liege bei jenen, die versucht hätten, Russland «einzukreisen und Atomwaffen auf es zu richten».

Redaktionsschluss
 dieser Nummer:
 19. April 2022

«NZZ am Sonntag» über die SFB

Von Jonas Jäggi

In einem Artikel anlässlich des Ostermarsches zitiert die NZZ am Sonntag aus der Erklärung der SFB, als einer Organisation, die Verständnis für die russische Seite aufbringe: «So schreibt die Gruppe in einer Mitteilung, die militärische Offensive Russlands sei zwar völkerrechtlich nicht zu rechtfertigen. Jedoch folgt die Relativierung auf dem Fuss.»

Im Original (nachzulesen auf friedensbewegung.ch) heisst es – gleich nach der deutlichen Forderung, alle Angriffe unverzüglich zu beenden: «Die von Russland begonnene militärische Offensive in der Ukraine ist völkerrechtlich durch nichts zu rechtfertigen.», was daraufhin noch ausgeführt wird. Hm, da ist ihnen doch prompt ein «zwar» ins indirekte Zitat gerutscht. Aber wir wollen mal nicht zu spitzfindig sein.

Als «Relativierung» wird uns der spätere Hinweis ausgelegt, dass die Ukraine seit acht Jahren die Umsetzung von Minsk II blockiert hatte. Unser Hinweis, Russlands Vorgehen habe auch etwas damit zu tun, dass die USA und die NATO im Dezember nicht auf Verhandlungen über die Sicherheitsbedenken Russlands eintreten wollten, bleibt dabei bemerkenswerterweise unerwähnt, obwohl er sich doch als «Relativierung» ebenfalls vortrefflich angeboten hätte. Es wird lediglich gesagt, «die Gruppe» – also die SFB – halte generell nicht viel vom Vorgehen des Westens – was ja durchaus treffend beobachtet ist. Dafür jedoch sogleich «Antiamerikanismus» verantwortlich zu machen, wie der Artikel

impliziert, ist ein bekannter Trugschluss – es könnte auch einfach am Vorgehen des Westens liegen.

Es ist symptomatisch für das momentane Diskussionsklima: Wer versucht, den Hintergrund des Konflikts aufzuzeigen – dessen Verständnis für eine friedliche Lösung unentbehrlich wäre, – «relativiert» das moralische Gebot der Stunde: die stärkstmögliche Verteilung Russlands. Alles in allem nimmt sich die NZZ am Sonntag dabei noch vergleichsweise zurückhaltend aus: Von anderen Organisationen werde der SFB «Putin-Versteherei» vorgeworfen, der Artikel selbst bezeichnet uns in der Überschrift als «Freunde Russlands», was freilich den Eindruck erweckt, es gäbe da besondere Loyalitäten. Dass «Verstehen» im Sinne einer Diffamierung verstanden werden soll, ist ohnehin höchst fragwürdig, wenn nicht sogar gefährlich, und «Freunde Russlands» – nun ja, schliesslich sehen wir uns als Freunde aller Völker. Störender ist da eigentlich, dass der Artikel uns als «Basler» Organisation charakterisiert, als seien wir eine Lokalgruppe, nur weil unser Sekretariat in Basel ist – für unsere in der ganzen Schweiz verstreuten Mitglieder und SympathisantInnen eine Geringschätzung. Aber Fehler können wohl passieren.

Am Ostermarsch in Bern kam es dann übrigens zu keinem Eklat aufgrund unserer abweichenden Haltung gegen Sanktionen – die Stimmung war friedlich, wie es sein sollte. Unter dem Banner «Verhandeln statt Sanktionieren» versammelte sich ein bunter Block der SFB mit UnterstützerInnen aus zahlreichen Orten der Schweiz. Ein paar davon waren auch aus Basel angereist.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch

Schweizerische Friedensbewegung SFB Jahrestagung 2022

Samstag, 25. Juni 2022, 17:00 Uhr
 Restaurant Torstübli, im gedeckten Hinterhof
 Riehentorstrasse 27, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:

Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen
 Wahl des Vorstands • Ausblick und Anregungen

Die Jahresversammlung ist öffentlich.
 Interessierte sind herzlich eingeladen.

Ohne Dich keine UW!

Unsere Welt beleuchtet viermal im Jahr unabhängig, hintergründig und kritisch das Weltgeschehen abseits des Mainstreams.

Wie bei all unseren Aktivitäten sind wir von der Schweizerischen Friedensbewegung dafür auf die grosszügige finanzielle Unterstützung unserer Mitglieder und FriedensfreundInnen angewiesen. Vielen Dank!

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel,
 IBAN CH 72 0900 0000 4000 1627 7.